



*Bayerische Landesgruppe
im Deutschen Bundestag*

Bericht
der bayerischen FDP-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

für die
Kreisvorsitzendenkonferenzen
am 16. und 17. Juli 2011
in Würzburg und Ingolstadt

Kontakt:

Andreas Dietrich
Pressesprecher

FDP Bayern Landesgeschäftsstelle
Rindermarkt 6
80331 München

E-Mail: andreas.dietrich@fdp.de
Telefon: 089 / 126 009-25

Inhaltsverzeichnis

Begrüßung und Abgeordneten-Übersicht	2
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB (Starnberg).....	4
Dr. Max Stadler, MdB (Passau)	4
Dr. Rainer Stinner, MdB (München)	8
Horst Meierhofer, MdB (Regensburg).....	10
Miriam Gruß, MdB (Augsburg)	12
Marina Schuster, MdB (Greding)	14
Dr. Daniel Volk, MdB (München)	16
Joachim Spatz, MdB (Würzburg).....	18
Sebastian Körber, MdB (Forchheim)	20
Jimmy Schulz, MdB (Hohenbrunn)	23
Stephan Thomae, MdB (Kempten)	26
Dr. Erwin Lotter, MdB (Aichach)	28
Klaus Breil, MdB (Weilheim).....	31
Rainer Erdel, MdB (Ansbach).....	33

Begrüßung und Abgeordneten-Übersicht



Sehr geehrte Kreisvorsitzende,
liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

seit fast zwei Jahren ist die FDP nun in Regierungsverantwortung in Berlin. In dieser Zeit haben wir bereits viel von dem, was wir im Koalitionsvertrag mit der CDU/CSU festgeschrieben haben, umgesetzt; dennoch ist die Wahrnehmung unserer Koalition und der Arbeit der FDP unbefriedigend.

Wir, die 14 bayerischen Bundestagsabgeordneten, möchten Ihnen mit diesem Bericht einen Überblick darüber verschaffen, was wir uns politisch vorgenommen haben, was wir bisher erreicht haben und was wir in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode noch vorhaben.

Neben der inhaltlichen Arbeit ist ein guter Kontakt zu den Medien natürlich essentiell. Die Landesgruppe veranstaltet daher regelmäßig Treffen mit Journalisten in Berlin, aber auch in Bayern: In München, Nürnberg und Augsburg führten wir bei **Pressestammtischen** konstruktive Hintergrundgespräche mit den Politik-Redakteuren vor Ort. Ab kommenden Oktober wird es zudem **Regionalkonferenzen** der Landesgruppe in allen bayerischen Bezirken geben, zu denen wir vor allem die Mitglieder unserer Partei herzlich einladen. Und Ende dieses Jahres werden wir auf einer eigenen **Landesgruppen-Klausur** unsere Arbeit und Strategie für die kommenden Jahre bis zur Wahl 2013 weiterentwickeln und optimieren.

Alle Abgeordneten der Landesgruppe stehen Ihnen natürlich auch für Ihre Arbeit in den Kreisverbänden mit Rat und Tat zur Seite. Nutzen Sie diese Gelegenheit und binden Sie uns in Ihre Aktivitäten vor Ort ein.

Ich wünsche Ihnen nun eine interessante Lektüre und natürlich haben wir auch für Ihr kritisches Feedback immer ein offenes Ohr.

Herzlichst
Ihr/Euer Horst Meierhofer

Die Ansprechpartner der Landesgruppe:

- Andreas Dietrich, Pressesprecher, 089 / 126 009 25
- Daniela König, Landesgruppenbüro Süd (München), 089 / 126 009 44
- Ingrid Vierzigmann, Landesgruppenbüro Nord (Nürnberg), 0911 / 33 56 69

Die bayerische FDP-Landesgruppe im Deutschen Bundestag



*Bayerische Landesgruppe
im Deutschen Bundestag*

14 Abgeordnete – 14 starke Stimmen für Bayern in Berlin

FACHBEREICH	PERSON	SCHWERPUNKTTHEMEN
Justiz	Sabine Leutheusser-Schnarrenberger MdB (Starnberg) Bundesministerin der Justiz, Landesvorsitzende FDP Bayern	Freiheit und Regulierung des Internets, Sicherungsverwahrung, Insolvenz-, Miet- und Familienrecht, Rechtsschutz für den Bürger, Pressefreiheit, Bürgerbeteiligung
	Dr. Max Stadler MdB (Passau) Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz	
Außenpolitik	Dr. Rainer Stinner MdB (München) Außenpolitischer Sprecher, Obmann im Auswärtigen Ausschuss	Nordafrika, Afghanistan, Naher Osten, NATO, Balkan
Umwelt, Tourismus	Horst Meierhofer MdB (Regensburg) Landesgruppenvorsitzender, Tourismuspolitischer Sprecher, Obmann im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Mitglied im Ausschuss für Tourismus	Atomausstieg und Energiewende, Hochwasserschutz, Olympia 2018
Familie, Soziales	Miriam Groß MdB (Augsburg) Bayerische Generalsekretärin, Sprecherin für Familienpolitik, Mitglied im Ausschuss für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales	Frühkindliche Bildung, Evaluation der familienpolitischen Leistungen, Vereinbarkeit von Familie und Pflege und Beruf
Menschenrechte, Wissenschaft und Forschung, Außenpolitik	Marina Schuster MdB (Greding) Stv. Landesgruppenvorsitzende, Sprecherin für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Obfrau im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, Vorsitzende Liberale Frauen Bayern	Nordafrika, China, Sudan, Kongo, Russland, Iran, Burka-Verbot
Steuern, Finanzen	Dr. Daniel Volk MdB (München) Obmann im Finanzausschuss, Vorsitzender der AG Steuern und Finanzen	Steuervereinfachung, Unternehmensbesteuerung
Verteidigung, Europäische Union	Joachim Spatz MdB (Würzburg) Mitglied im Verteidigungsausschuss, Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union	Bundeswehrstrukturreform, Zivile Krisenprävention, ESM, Europ. Außen- und Sicherheitspolitik
Baupolitik, Verkehr	Sebastian Körber MdB (Bamberg) Sprecher für Baupolitik, Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Energieeffizientes Bauen und Sanieren, Altersgerechtes Bauen und Wohnen, Deutsche Bahn, Barrierefreiheit in Gebäuden und im ÖPNV
Internet und Neue Medien, Innenpolitik	Jimmy Schulz MdB (Hohenbrunn) Mitglied im Innenausschuss, Obmann im Unterausschuss Neue Medien, Obmann der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“	Internetsperren, Netzpolitik, direkte Demokratie, Urheberrecht, Vorratsdatenspeicherung
Recht	Stephan Thomae MdB (Kempten) Sprecher für Petitionen, Obmann im Petitionsausschuss, Mitglied im Rechtsausschuss, Mitglied im Haushaltsausschuss	Sorgerecht, Umgangsrecht und Erbrecht nichtehelicher Kinder, Mietrechtsreform, Urheberrecht
Gesundheit	Dr. Erwin Lotter MdB (Aichach) Mitglied im Ausschuss für Gesundheit	Psychiatrie und Psychotherapie, Demenz, Prävention im Gesundheitsbereich
Wirtschaft, Energiepolitik	Klaus Breil MdB (Weilheim) Energiepolitischer Sprecher, Mitglied im Wirtschaftsausschuss	Novellierung des Erneuerbare Energiengesetzes, Rekommunalisierung der Energieversorgung
Ernährung, Landwirtschaft, Verteidigung	Rainer Erdel MdB (Ansbach) Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Mitglied im Verteidigungsausschuss	Erneuerbare Energiengesetz, Europ. Agrarpolitik, Bundeswehrstrukturreform und Auslandseinsätze

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB (Starnberg)

Bundesministerin der Justiz

Mail: sabine.leutheusser-schnarrenberger@bundestag.de

Web: www.leutheusser-schnarrenberger.de

Tel: 030 - 227 75 162



Dr. Max Stadler, MdB (Passau)

Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz

Mail: max.stadler@bundestag.de

Web: www.max-stadler.de

Tel: 030 - 227 71 325



ZWEIJAHRESBILANZ DER RECHTSPOLITIK

„Recht ist, was der Freiheit dient“ – dieser Leitsatz von Thomas Dehler prägt die Arbeit von uns beiden als Bundesjustizministerin und als Parlamentarischer Staatssekretär. Die Rückkehr zu einer grundrechtsorientierten Rechtspolitik ist in den ersten fast zwei Jahren unserer Amtszeit behertzt angepackt und erfolgreich eingeleitet worden.

Die FDP hat als politische Kraft das geschafft, was viele für unmöglich hielten: Erstmals seit Regierungsantritt der Bundesregierung Schröder 1998 ist das Stakkato immer neuer Sicherheitsgesetze beendet.

Anti-Terror-Gesetze

Ein drittes Sicherheitspaket wurde verhindert. Die Anti-Terror-Gesetze (Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz - TBEG) wurden entschärft und mit rechtsstaatlichen Korsettstangen versehen. Gesetzesverschärfungen wird es ebenso wenig geben wie eine Entfristung der Regelungen des TBEG. Stattdessen werden einige Regelungen komplett auslaufen und die verbleibenden auf vier Jahre befristet. Aus der Erfahrung des BND-Untersuchungsausschuss heraus ist uns besonders wichtig, dass die Eingriffsschwellen für Grundrechtseingriffe der Nachrichtendienste angehoben worden sind; künftig werden hierfür „konkrete Tatsachen“ verlangt. Gleichzeitig ist der Grundrechtsschutz durch verstärkte Kontrollbefugnisse des Parlaments ausgebaut worden.

Zehn Jahre nach dem 11. September werden die Weichen neu gestellt. Erstmals wird die Sicherheitsgesetzgebung der letzten zehn Jahre einer kritischen Gesamtbilanz unterzogen, die in konkrete Handlungsempfehlungen münden soll. Dazu werden wir eine Regierungskommission einsetzen.

Vorratsdatenspeicherung

Die EU-Kommission hat die Überarbeitung der EU-Richtlinie für Ende des Jahres angekündigt. Nachdem die Kommission sieben Monate zu spät im Frühjahr eine erste Evaluierung vorgelegt hat, gewinnt die Debatte an Fahrt. Europaweit machen Wirtschaftsverbände, Datenschützer, Europaparlamentarier bis hin zu Deutschem Anwaltsverein und Bundesrechtsanwaltskammer Druck, damit die Überarbeitung der Richtlinie auch umfassend ausfällt. Die Kommission führt den Dialog mit zivilgesellschaftlichen Kräften, hat einen straffen Zeitplan und unterschiedliche Arbeitsgruppen eingerichtet – u.a. wird auch das nordamerikanische Verfahren „Quick freeze“ in einer Arbeitsgruppe diskutiert.

Ich habe dazu als Justizministerin einen Gesetzentwurf auf den Tisch gelegt.

Wir haben die besseren Argumente auf unserer Seite. Die Verkehrsdaten, die die Telekommunikationsunternehmen ohnehin zu geschäftlichen Gründen speichern, sollen anlassbezogen gesichert ("eingefroren") werden. In einer zweiten Stufe können sie dann mit Zustimmung eines Richters den Ermittlern zur Verfügung gestellt ("aufgefroren") werden. Für die Verfolgung von Straftaten im Internet soll eine kurze Datenspeicherung von sieben Tagen möglich gemacht werden, damit bei einem konkreten Verdacht dynamische IP-Adressen Personen zugeordnet werden können.

Internetzensur verhindert

Netzsperrern gehören der Vergangenheit an. Auch in der Europäischen Union habe ich mich dafür eingesetzt, dass Netzsperrern nicht durch die Hintertür eingeführt werden. Das Internet ist ein besonders sensibles Medium. Die Freiheit im Netz müssen wir bewahren und schützen - vor einzelnen Global Playern, die ihre Marktmacht ausspielen wollen, vor individuellem Missbrauch durch einzelne User, aber auch vor leichtfertigen Eingriffen des Staates durch Netzsperrern. Genauso gehört dazu, dass wir auf staatlicher Ebene die Anstrengungen verstärken, Kinderpornographie zu bekämpfen.

Sicherungsverwahrung

Die Bundesregierung hat zum Jahresanfang 2011 eine Reform realisiert, die die grundlegenden Weichen der Sicherungsverwahrung neugestellt hat. Das Bundesverfassungsgericht hat die Sicherungsverwahrung am 4. Mai 2011 insgesamt für verfassungswidrig erklärt, weil der Vollzug der Sicherungsverwahrung in den Bundesländern der Praxis der im Grundgesetz verbrieften Freiheitsrechte nicht genügt. Unser Ansatz ist vom Bundesverfassungsgericht als richtiger Weg anerkannt worden. Jetzt stehen Bund und Länder gemeinsam in der Verantwortung, den Vollzug der Sicherungsverwahrung in den kommenden zwei Jahren freiheitsorientiert und therapiegerecht auszugestalten. Es ist gut, dass wir dabei nicht von vorne anfangen, sondern auf das Therapieunterbringungsgesetz (ThUG) zurückgreifen können, insbesondere auf das Vollzugskonzept. Nach diesem Gesetz ist es unter den engen Vorgaben des Grundgesetzes und der Europäischen Menschenrechtskonvention möglich, psychisch gestörte Gewalt- und Sexualstraftäter zum Zwecke der Therapie in geeignete Einrichtungen unterzubringen, soweit es zulässig und zum Schutz der Allgemeinheit erforderlich ist.

Gleichstellung Eingetragener Partnerschaften

Ende Juni 2011 hat der Deutsche Bundestag die volle Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften im Beamtenrecht verabschiedet. Die Gleichbehandlung von Lebenspartnern im Erbschafts- und Schenkungssteuerrecht ist bereits erfolgt. Mit dem weiteren Abbau gleichheitswidriger Benachteiligungen im Steuerrecht wird sich das Bundeskabinett voraussichtlich in diesem Jahr befassen. Diese Etappen zur vollständigen Gleichstellung von Lebenspartnern sind keine einfachen Schritte innerhalb der Koalition. Doch das auf diesem Gebiet - nach Jahren des Stillstandes - überhaupt Fortschritte möglich sind, stimmt zuversichtlich. Darüber hinaus wird die Bundesregierung in diesem Jahr die Gründung der Magnus-Hirschfeld-Stiftung auf den Weg bringen.

Kampf gegen sexuellen Missbrauch / Runder Tisch

Auf unsere Initiative hat die Bundesregierung eine umfassende Strategie für den Kampf gegen Kindesmissbrauch erarbeitet. Viermal hat der große Runde Tisch der Bundesregierung bereits getagt. Konkrete Ergebnisse liegen auf dem Tisch, unter anderem die Empfehlungen der Unabhängigen Beauftragten zur Aufarbeitung des Sexuellen Kindesmissbrauches, Dr. Christine Bergmann. Das Bundesjustizministerium hat sich um die Fragen im Zusammenhang mit der Durchsetzung des staatlichen Strafanspruches und der Anerkennung des Leidens der Opfer gekümmert. Eine konkrete Konsequenz ist das Gesetz zur Verbesserung der Stellung des Opfers im Straf- und Ermittlungsverfahren. Außerdem haben wir Leitlinien zur Einbeziehung der Strafverfolgungsbehörden auf den Tisch gelegt. Neben der Verlängerung der zivilrechtlichen Verjährungsfrist von derzeit drei auf 30 Jahre, stärken wir die Rechte von Opfern in Straf- und Ermittlungsverfahren.

Reform des Vormundschaftsrechts

Das Gesetz ist am 6. Juli 2011 in Kraft getreten. Damit soll künftig Fällen von Missbrauch und Verwahrlosung von Kindern begegnet werden. Der persönliche Kontakt zwischen Vormund und Kind wird verbessert, damit eine Gefährdung des Kindeswohls frühzeitig erkannt und verhindert wird. Vorgesehen sind unter anderem regelmäßige Kontakte zwischen dem Vormund und den Kindern, sowie eine spürbare Reduzierung der Arbeitsbelastung vieler Amtsvormünder. Künftig sollen sie höchstens 50 Mündel betreuen und nicht wie bislang bis zu 120 Kinder und mehr.

Rechtsschutz gestärkt

Der Bundestag hat am 7. Juli 2011 mehr Rechtsschutz im Zivilprozess beschlossen. In Zukunft findet in der Berufungsinstanz häufiger eine mündliche Verhandlung statt. Die mündliche Verhandlung ist das Herzstück im Prozess, hier können die Beteiligten ihren Standpunkt offen mit den Richtern diskutieren. Gerade im Berufungsverfahren wurden viele Fälle bislang schriftlich entschieden. Das neue Gesetz stellt sicher, dass die Richter über alle wichtigen Fälle mit den Beteiligten persönlich reden. Die Richter dürfen nur noch durch schriftlichen Beschluss entscheiden, wenn die Berufung offensichtlich aussichtslos ist. Außerdem wird mit der Reform ein neues Rechtsmittel eingeführt. Die Reform beseitigt damit regionale Unterschiede im Rechtsschutz.

Restrukturierungsgesetz

Das neue Restrukturierungsgesetz gilt seit dem 1. Januar 2011. Es zieht die richtigen Lehren aus der Finanzmarktkrise. Enteignungen wie bei der Hypo Real Estate sind auch als ultima ratio mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht in Einklang zu bringen. Das neue Gesetz setzt auf Privatautonomie und stärkt die Eigenverantwortung der Unternehmer. Ziel ist, dass es in Zukunft nicht mehr zur Verstaatlichung kommen muss, wenn eine Bank ins Straucheln gerät. Die Vorstände und Aufsichtsräte börsennotierter Aktiengesellschaften haften jetzt länger für ihre Fehler. Künftig sind das 10 statt bisher 5 Jahre. Damit bleibt genug Zeit zur Durchsetzung von Ersatzansprüchen bei Managementfehlern.

Transparenz bei kommunalen Gesellschaften

Einem Problem, das den Kommunalpolitikern bestens bekannt ist, haben wir uns sehr stark gewidmet: mehr Transparenz bei kommunalen Gesellschaften. Wir haben kürzlich entschieden, hierfür eine Änderung im Aktiengesetz, die auch Auswirkungen auf kommunale AGs hat, in die Ressortabstimmung zu geben.

Daran arbeiten wir:

Noch sind natürlich nicht alle Vereinbarungen im Innen- und Rechtsbereich umgesetzt, denn leider ist es bei gesellschaftspolitisch wichtigen Fragen, wie dem gemeinsamen Sorgerecht für Kinder nicht verheirateter Eltern, noch zu keiner Einigung mit der CDU/CSU gekommen.

Allerdings stehen die Verhandlungen mit den Berichterstattern der Koalition beim Thema „Mediation“ kurz vor dem Abschluss.

Ebenso ist ein neues Datenschutzrecht in Arbeit; und wir sind auch dabei, ein neues Mietrecht zu verabschieden, das den Vermietern mehr Schutz bei Mietnomaden einräumen wird.

Auswahl baldiger Termine in Bayern von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

16. Juli 2011	Vortrag von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zum Urheberrecht, Hollerhaus in Irschenhausen/Schäftlarn
22. Juli 2011	Sommertour der FDP-Bundestagsfraktion mit Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Kirchplatz in Feldafing
25. Juli 2011	Eröffnung der neuen Bezirksgeschäftsstelle in Bayreuth
25. August 2011	Bundesjustizministerin zu Gast bei den Kreisverbänden Cham und Weiden
28. August 2011	Bundesjustizministerin im Festzelt Riedenburg (Kreis Kelheim)

Auswahl baldiger Termine in Bayern von Max Stadler

16. Juli 2011	Ehrengast bei der Eröffnung der Ilztalbahn Passau-Freyung
16. Juli 2011	Hauptredner beim Liberalen Frankenfest in Gaibach
20. Juli 2011	FDP-Infobus in Passau
26. Juli 2011	Gastredner bei der internationalen Zivilprozessrechtslehrertagung in Heidelberg
29. Juli 2011	"Passauer Runde" mit den regionalen Mandatsträgern
2. September 2011	Großkundgebung auf dem Karpfhamer Volksfest
5. September 2011	Gillamos-Kundgebung Abensberg

Dr. Rainer Stinner, MdB (München)

Außenpolitischer Sprecher, Obmann im Auswärtigen Ausschuss

Mail: rainer.stinner@bundestag.de

Web: www.rainer-stinner.de

Tel: 030 - 227 79 110



Außenpolitik muss strategisch eingebunden sein, aber sich immer wieder neu auf aktuelle Herausforderungen einstellen. Niemand hätte bei der Verhandlung des Koalitionsvertrages auf Ereignisse wie den arabischen Frühling zu hoffen gewagt. Auf solche nicht planbare Ereignisse müssen wir auf der Grundlage deutscher Interessen und liberaler Werte reagieren.

Das steht im Koalitionsvertrag

- Stärkung der Vereinten Nationen
- besseres Verhältnis der NATO zu Russland, Unterstützung des Modernisierungskurses in Russland, Einbindung Russlands bei der Lösung globaler Aufgaben
- Verhandlungen mit dem Ziel des Abzugs aller Atomwaffen aus Deutschland als Auftakt weiterer Abrüstungsschritte
- umfassender Ansatz zu Friedensverhandlungen im Nahen Osten
- Erarbeitung ressortübergreifender Konzepte für Afrika und Lateinamerika
- Schaffung einer gemeinsamen, umfassenden Strategie aller Verbündeten für Afghanistan als Voraussetzung für den verantwortbaren militärischen Abzug

Das haben wir bereits umgesetzt

- Wir haben jetzt ein umfassendes Afghanistan-Konzept der Bundesregierung und seit der Afghanistan-Konferenz in London 2010 ein gemeinsames Konzept aller Verbündeten mit dem angestrebten Abzug von Kampftruppen bis 2014, für das Deutschland erhebliche Beiträge geleistet hat. Der zivile Ansatz ist gestärkt worden und die Umsetzung zeigt erste Erfolge: Erste Regionen werden bereits dieses Jahr in die afghanische Verantwortung übergeben.
- Im neuen strategischen Konzept der NATO hat Deutschland dafür gesorgt, dass die Voraussetzungen geschaffen wurden, nun über den Abzug substrategischer Atomwaffen aus Deutschland verhandeln zu können. Das Thema Abrüstung ist wieder auf der Tagesordnung des Bündnisses
- Das Verhältnis Russlands zur NATO hat sich nach dem Tiefpunkt während des Georgienkrieges geradezu dramatisch verbessert: NATO und Russland führen gemeinsame militärische Übungen zur Vertrauensbildung durch. Deutschland übernimmt hier eine wichtige Brückenfunktion.
- Durch ressortübergreifende Konzepte für Lateinamerika und Afrika werden frühere Reibungen zwischen Ministerien verhindert, die deutsche Politik in diesen Regionen wird kohärenter und effizienter.
- Deutschland ist in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gewählt worden. Das bringt unser Gewicht zur Geltung, verlangt aber auch schwierige Entscheidungen. Deutschland gilt als ehrlicher Makler, der bei Frontbildungen im Sicherheitsrat vermitteln kann.
- Wir haben das Quartett als Akteur im Nahen Osten wiederbelebt. Die Bundesregierung ist aktiver Treiber internationaler Bemühungen um eine Lösung des Nahost-Konfliktes

Daran arbeiten wir

- Die arabischen Revolutionen verändern die Welt. Deutschland und Europa müssen darauf eine politische, aber auch wirtschaftliche Antwort geben: Wir setzen uns für eine funktionierende Europäische Nachbarschaftspolitik für die Region ein, die neuen, hoffentlich demokratischen Regierungen brauchen unsere Unterstützung wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich. Dazu machen wir Angebote, achten aber das Selbstbestimmungsrecht der Menschen.
- Wir halten an der Europäischen Einigung als Grundpfeiler deutscher Außenpolitik fest. Wir wollen die Europäische Union stärker machen, nicht schwächer. Deshalb setzen wir uns für eine funktionierende Regelung der Schulden-Krise ein, die weitere Schieflagen verhindert und marktwirtschaftliche Verantwortlichkeit nicht aushebelt.
- Die großen globalen Herausforderungen, wie Klimawandel, Eindämmung von Massenvernichtungswaffen, zerfallende Staaten, kriegerische Konflikte oder Terrorismus bleiben auf der Tagesordnung. Wir wollen diese Probleme weiterhin kooperativ und im Rahmen internationalen Rechts angehen und lösen. Daran arbeiten wir mit unseren Partnern und sind offen für alle, die sich konstruktiv beteiligen wollen. Wir bleiben auch da im Gespräch wo es schwierig wird, etwa mit Iran oder Nordkorea.

Auswahl baldiger Termine in Bayern

21. Juli 2011	Deutschlandtour der Fraktion mit Herrn Dr. Stinner / Stachus
21. Juli 2011	Teilnahme am Sommerfest des KV München-Ost
25. Juli 2011	Besuch Dialysezentrum München
26. Juli 2011	Vorstellung Beruf MdB in der Grundschule Ostpreußenstraße
26. Juli 2011	Außenpolitischer Vortrag Rotarier München

Horst Meierhofer, MdB (Regensburg)

Landesgruppenvorsitzender, Sprecher, Obmann und stv. Ausschusses für Umwelt, Reaktorsicherheit, Mitglied im Ausschuss für Tourismus, Tourismuspolitischer Vorsitzender des Ausschusses für Naturschutz und

Mail: horst.meierhofer@bundestag.de

Web: www.horst-meierhofer.de

Tel: 030 - 227 73 412



Was im Koalitionsvertrag steht und was wir schon umgesetzt haben

Ausstieg aus der Kernenergie

Ursprünglich war im Koalitionsvertrag vorgesehen, die Laufzeit der Kernkraftwerke zu verlängern. Wie bekannt sein dürfte, hat sich seit den Geschehnissen in Fukushima die Wahrnehmung der deutschen Bevölkerung gegenüber der Kernkraft geändert. Wir haben reagiert und nach einem Moratorium sowie verschärften Sicherheitsprüfungen die sieben ältesten Meiler vom Netz genommen. Das letzte deutsche Kernkraftwerk wird 2022 vom Netz gehen. Die Neujustierung unserer Energieversorgung erfordert eine Planungsbeschleunigung für Netze und Kraftwerksneubauten, einen schnelleren Umstieg in erneuerbare Energien (siehe EEG) sowie Rahmenbedingungen, um Energiespeicher zu ermöglichen. Die dazu notwendigen Gesetze haben wir verabschiedet, ich selbst habe dabei an einer Vielzahl von Berichterstattegesprächen und Arbeitsgruppensitzungen mit der Union, sowie den Abgeordneten-/ Regierungsgesprächen im Kanzleramt teilgenommen.

Novellierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG)

Das jetzt novellierte EEG ermöglicht einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien zu möglichst geringen Kosten. Wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, bleibt der Vorrang für Erneuerbare erhalten. Insbesondere der Ausbau von Windkraft onshore und offshore wird im Einklang mit den Zielen des Koalitionsvertrages weiter vorangetrieben, ich selbst konnte auch Änderungen mit einbringen, die die Windkraft auch im Süden ermöglichen; darüber hinaus erreichten wir, dass neben der im internationalen Wettbewerb stehenden großen Industrie nun auch kleinere Unternehmen deutlicher von der EEG-Umlage entlastet werden.

Carbon Capture and Storage (CCS)

Beim sogenannten CCS wird CO₂ beim Verbrennungsprozess z.B. bei Kohlekraftwerken oder Industrieanlagen abgeschieden und unter die Erde verpresst. Diese Technik kann dazu beitragen, unsere Klimaschutzvorgaben (80% CO₂-Reduktion bis 2050) trotz Ausstieg aus der Kernkraft einzuhalten. Die Bundesregierung hat einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der die Erprobung dieser Technologie ermöglichen soll. Die FDP und ich als Berichterstatter haben die Sicherheitsstandards nach oben geschraubt und gerade auch zur Berücksichtigung von Nutzungskonkurrenzen, etwa mit der in Bayern vorhandenen Geothermie, in einem eigenen Antrag beigetragen. Die Prüfung der Nutzungskonkurrenzen hatten wir im Koalitionsvertrag vorgesehen.

Im Allgemeinen bestehen aus Sicht von Mensch und Umwelt keine nennenswerten Risiken, die einer Erforschung entgegenstehen. Dem Gesetz konnte ich leider trotzdem nicht zustimmen. Es enthält eine Länderklausel, mit der die Bundesländer mutmaßlich ein Optionsrecht erhalten, das ohne Gründe eine völlige Blockade ganzer Bundesländer ermöglicht. Mit der Länderklausel wird ein Präzedenzfall geschaffen, dessen negative Folgen für unser föderales System verheerend sein können. Wir entziehen uns der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung als Bundesgesetzgeber. Dies konnte und wollte ich nicht mittragen.

Kreislaufwirtschaft

Mit der Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes wird das Gesetz an die europäische Abfallrahmenrichtlinie angepasst. Im Oktober/November wird das Gesetz voraussichtlich verabschiedet werden. Umstritten sind die vorgegebenen Recyclingquoten, das Heizwertkriterium, das

festlegt, wann die Verbrennung von Müll ökologisch nicht sinnvoll ist, das "Eigentumsrecht" der Kommunen am Müll und dessen Reichweite, die Grundlagen für eine zukünftige Wertstofftonne, aber auch die Einführung einer bundesweiten Biotonne. Wir haben bereits vor dem Kabinettsbeschluss erreicht, dass zukünftig eine neutrale Stelle eine wettbewerbsunterstützende Funktion haben wird. Grundlinie für die kommenden Verhandlungen ist, die Interessen des Wettbewerbs, der Ökologie, der Kommunen und des Mittelstands fair zu gewichten und zu einem entsprechenden Interessensausgleich zu gelangen. Diese Ziele, die auch im Koalitionsvertrag Eingang gefunden haben, müssen auch im weiteren parlamentarischen Verfahren berücksichtigt werden.

Wasserwirtschaft und Verwaltung

Verschiedene Vorhaben mit Wasserbezug sind verabschiedet worden bzw. befinden sich im Prozess. Zu nennen ist hier einmal die im Koalitionsvertrag vereinbarte Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, die allerdings in Federführung bei den Verkehrspolitikern anzusiedeln ist, dennoch aber erheblichen umweltpolitischen Bezug aufweist. Desweiteren wurde Ende 2010 die Grundwasserverordnung neu verabschiedet. Die Verordnung zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffe befindet sich im Entwurfsstadium.

Daran arbeiten wir

Von der Abfall- zur Rohstoffwirtschaft

Mit der im Koalitionsvertrag angestrebten Wertstoffverordnung (der 1. Entwurf ist noch Ende diesen Jahres zu erwarten) wollen wir die Gesamtmenge an Recycling weiter erhöhen, die Produktverantwortung ausbauen und eine einheitliche Wertstoffeffassung aufbauen. Diese soll insbesondere auch in Bayern dazu führen, dass das Denken in Kreisläufen verbessert wird.

Auch der Ressourcenschutz wird in den kommenden Monaten intensiv diskutiert werden. Hierzu besteht ein erster Arbeitsentwurf für ein Ressourceneffizienzprogramm aus dem Bundesumweltministerium.

Shale-Gas

Die Schiefergasförderung ist ausgesprochen umstritten. Das angewendete Fracking bedient sich wasserrechtlich nicht zugelassener Chemikalien für die Förderung. Wie hier hinsichtlich Umweltverträglichkeitsprüfung und Zusammenspiel mit dem Bergrecht Verbesserungen zu erreichen sind, wird Gegenstand eines Antrags der Fraktionen sein.

Speichertechnologien

Jeder will Speicher. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind abgesehen von den diversen Förderprogrammen sowohl für Batteriespeicher als auch Speicherung im Erdgasnetz noch ausbaubar. Hier wird ein weiterer Schwerpunkt der parlamentarischen Arbeit in den kommenden Monaten liegen.

Olympia 2020

Olympia 2020 in Regensburg (!). Hierfür werde ich mich einsetzen! Notfalls kann evtl. auch auf Berlin oder München (2022) ausgewichen werden.

Auswahl baldiger Termine in Bayern

26. Juli 2011	Feierliche Verkehrsfreigabe der B15 bei Schierling
29. Juli 2011	Grußwort bei Abschlussfeier der Regensburger Fremdsprachenschule (Kolpinghaus)
30. Juli 2011	Programmatisches Projektwochenende mit JuLis in Greding
01.-03. August 2011	Büroklausur in Regensburg
04. August 2011	Sommertour des Bundestagsmobils in Regensburg (Oberpfalz)

Miriam Gruß, MdB (Augsburg)

Sprecherin für Familienpolitik, Mitglied im Ausschuss für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales

Mail: miriam.gruss@bundestag.de

Web: www.miriam-gruss.de

Tel: 030 - 227 72 474



Das steht im Koalitionsvertrag

In der Familienpolitik haben wir in den Koalitionsverhandlungen zentrale FDP-Forderungen durchgesetzt. Vieles ist davon bereits umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Und sogar einiges, was einst am Widerstand der Union scheiterte, wird jetzt dank unseres Engagements doch in Angriff genommen. Im Koalitionsvertrag setzten wir uns das Ziel, Deutschland kinder- und familienfreundlicher zu machen.

Das haben wir schon umgesetzt

- Umgehend nach Regierungsantritt haben wir nach Jahrzehnten – und maßgeblich auf Druck der FDP - endlich die Vorbehaltserklärung zur **UN-Kinderrechtskonvention** zurückgenommen.
- Mit der „**Offensive Frühe Chancen**“ fördern wir bis zu 4000 Kitas in ganz Deutschland, um Kindern die deutsche Sprache zu vermitteln und damit auch die Integration zu erleichtern.
- **Kinderlärm** ist in Deutschland kein Grund zur Klage mehr. Wir haben dafür gesorgt, dass die Geräusche von spielenden Kindern nicht mehr mit Industrielärm gleichgesetzt werden.
- Was die Große Koalition nicht geschafft hat, wird jetzt von der schwarz-gelben Koalition auf den Weg gebracht: Noch in diesem Jahr werden wir das **Kinderschutzgesetz** verabschieden, das erste seiner Art in Deutschland. Im ersten Entwurf des Gesetzes war der Schwerpunkt nur auf die Intervention gelegt worden, nach meinem Einspruch ist nun auch die Prävention zentraler Bestandteil. Dazu gehören u. a. Stärkung von Familienhebammen, die Schaffung verlässlicher Netzwerke und die Einführung von Qualitätskriterien in der Kinder- und Jugendhilfe.
- **Jungs** sind zunehmend Bildungsverlierer- mit einer aktiven, geschlechterspezifischen Förderung treten wir diesem Manko entgegen. u. a. durch **Förderung von Männern** in Erziehungsberufen. Die **Mädchen** wiederum möchten wir verstärkt für MINT-Fächer begeistern. Das Ziel ist klar: Gleiche Chancen für beide Geschlechter von Anfang an.
- Die **Jugendarbeitslosigkeit** ist so niedrig wie nie zuvor. Der **Bundesfreiwilligendienst** und der Ausbau von FSJ und FSÖ schaffen neue Möglichkeiten (nicht nur) für junge Leute.
- Wir haben das Unternehmensprogramm „**Erfolgsfaktor Familie**“ und die Initiative „**Familienbewusste Arbeitszeit**“ aufgelegt und sorgen damit dafür, dass Familienleben und Arbeitswelt besser in Einklang gebracht werden können.
- Wer **Familienfreundlichkeit** will, muss Familien fördern. Deshalb haben wir das Kindergeld **erhöht**, ebenso wie den **Kinderfreibetrag**. Deutschlands Familien wurden allein dadurch um gut 4,6 Milliarden Euro entlastet! Auch die **Erbschaftssteuerbelastung** für Geschwister, Nichten und Neffen wurde gesenkt.
- Der Ausbau der **Kinderbetreuung** kommt mit großen Schritten voran. Die Betreuungsquote von 23% im Jahr 2010 bedeutet eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Gerade in den alten Bundesländern muss diese Dynamik jedoch noch zunehmen, um 2013 die angestrebten 35% Betreuungsquote zu erreichen. Bayern ruft die dafür bereitgestellten Bundesmittel im Übrigen besonders zuverlässig ab.
- **Seniorenpolitik** hat aufgrund der demografischen Entwicklung in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Auf der einen Seite werden wir immer älter, aber die Bevölkerungszahlen gehen zurück, weil auf der anderen Seite weniger Kinder als früher

geboren werden. Deshalb setzen wir uns für weiter für einen flexiblen Übergang in das Rentenalter ein.

- Durch die **Familienpflegezeit** sind wir nicht nur einen wichtigen Schritt zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege gegangen, sondern auch bei der Neuausrichtung der Pflege: Arbeitnehmer können sich mehr Zeit für ihre Familien nehmen, während die Arbeitgeber gleichzeitig die Möglichkeit haben, flexibel und auf die betrieblichen Bedingungen zugeschnitten ihren Mitarbeitern eine Teilzeitleistung anzubieten. Damit haben pflegende Angestellte und Unternehmer Planungssicherheit.

Daran arbeiten wir

Die von der FDP im Koalitionsvertrag geforderte Evaluation der **ehe- und familienpolitischen Leistungen** läuft – die Auswertung des Familienministeriums steht zu meinem großen Bedauern noch aus. Wir werden genau untersuchen, wo und wie die momentan 187 Milliarden Euro, die sich Deutschland diesen Bereich jährlich kosten lässt, gegebenenfalls noch zielgenauer eingesetzt werden sollten.

In Zeiten zunehmenden Fachkräftemangels spielen **Frauen** eine immer wichtigere Rolle am Arbeitsmarkt. Wir arbeiten daher an einem Programm zur „**Perspektive Wiedereinstieg**“, in dem beispielsweise die Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen angedacht ist.

Auch das Thema „**Frauen in Führungspositionen**“ wird **kontrovers** diskutiert – mit der FDP allerdings wird es **keine Quote** geben.

Rund zwei Millionen Paare in Deutschland sind ungewollt kinderlos – ihnen den Kinderwunsch zu erleichtern, ist mir schon lange ein besonderes Anliegen. Daher planen wir eine **stärkere Förderung der künstlichen Befruchtung**. Gegenwärtig sind wir in Verhandlung mit dem BMFSFJ und dem BMG, um Spielräume auszuloten. Auch **Adoptionen** möchte ich erleichtern, indem die Altersgrenze von derzeit 40 Jahren angehoben wird. Auslandsadoptionen sollen ebenfalls – im Rahmen der notwendigen Regularien zum Wohle des Kindes - erleichtert werden.

Ein weiteres Ziel ist, die Dauer der **Au-pair-Beschäftigung** auf zwei Jahre auszudehnen.

All das zeigt: „Familienfreundlichkeit“ ist für die FDP keine Worthülse – wir lassen unseren Worten auch Taten folgen.

Auswahl baldiger Termine in Bayern

15.-28. Juli 2011

Tour der Generalsekretärin durch alle bayerischen Bezirke

Die Stationen der Tour finden Sie auf meiner Homepage:

www.miriam-gruss.de

Marina Schuster, MdB (Greding)

Stv. Landesgruppenvorsitzende, Sprecherin und Obfrau für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der FDP-Bundestagsfraktion, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Mail: marina.schuster@bundestag.de

Web: www.marina-schuster.de

Tel: 030 - 227 74 495



Das steht im Koalitionsvertrag

Menschenrechte sind die Wertebasis liberaler Politik und eine Konstante der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik. Wir haben den Menschenrechten ein eigenes Kapitel im Koalitionsvertrag gewidmet. Die FDP verfolgt das Ziel, dass Deutschland bei der Einforderung der Achtung von Menschenrechten weltweit eine glaubwürdige Position einnimmt. Wir setzen uns daher dafür ein, dass

- die Todesstrafe, Folter und unmenschlicher Behandlung weltweit abgeschafft werden;
- in alle Staaten dieser Welt fundamentale Menschenrechte wie z.B. Meinungs- und Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, das Recht auf Eigentum oder die Religionsfreiheit eingehalten werden;
- weltweit das Recht auf Bildung, Gesundheit, Wasser und sexuelle Identität eines jeden als unverzichtbarer Bestandteil der universalen Menschenrechte begriffen und politisch mit Leben erfüllt werden;
- Menschenhandel, Kinderarbeit, der Einsatz von Kindersoldaten, Zwangsprostitution, Zwangsheirat und grausame Praktiken wie Genitalverstümmelung geächtet und international verboten werden;
- internationale Menschenrechtsschutzsysteme, wie der Internationale Strafgerichtshof und der Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bei ihrem Kampf gegen Straflosigkeit gestärkt werden;
- internationale Unternehmen bei ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit im Ausland an ihre Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte erinnert werden und befürworten deshalb Zertifizierungsmaßnahmen und Initiativen verantwortungsvoller Unternehmensführung;
- ressortübergreifendes Afrika-Konzept, neues Lateinamerika-Konzept.

Das haben wir schon umgesetzt

- **Weiterentwicklung von Menschenrechtsschutzsystemen:** Es ist ein großer Erfolg der Liberalen, eine weitere Strafbarkeitslücke in der internationalen Strafgerichtsbarkeit geschlossen zu haben. Nun gibt es im internationalen Völkerstrafrecht durch die Definition des Verbrechenstatbestands „crime of aggression“ (bedeutet in etwa „Führen eines Angriffskriegs“) und entsprechender Verfahrensregeln eine diesbezügliche Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag. Deutschland stärkt auch in Deutschland die Kenntnisse zum internationalen Völkerstrafrecht durch die Einrichtung eines „Institut zur Durchsetzung der Nürnberger Prinzipien zum Völkerstrafrecht“ in Nürnberg mit 500.000 Euro.
- **Arbeit des Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Markus Löning (FDP):** er setzt zusätzliche, eigene Akzente, z.B. durch Reise in US-Bundesstaaten, die immer noch die Todesstrafe vollstrecken; pressewirksame Aktionen für Einzelpersonen (z.B. Gefangene im Iran)
- **Erfolge in der Entwicklungszusammenarbeit:** Mit dem Menschenrechtskonzept des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) liegt erstmals eine Strategie vor, die Menschenrechte als Querschnittsthema in allen Entwicklungsprojekten etabliert und die als **verbindliche** Grundlage der Arbeit des BMZ und seiner Durchführungsorganisationen gilt. Alle Vorhaben der bilateralen Zusammenarbeit werden zukünftig auf ihre ‚Menschenrechts-Tauglichkeit‘ geprüft. So hat Dirk Niebel z.B. bereits bilaterale Gelder gestoppt, als die Rechte von Homosexuellen massiv verletzt werden sollten (Gesetzesinitiativen mit Todesstrafe z.B. in Uganda). **Reform der Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit:** die ehemals drei getrennten Organisationen DED, Inwent und die GtZ wurden zusammengeführt in die

GiZ (Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit): Doppelstrukturen abgeschafft, Außenauftritt nun aus einem Guss.

- **Menschrecht auf sauberes Wasser und sanitäre Grundversorgung** (siehe Drucksache 17/2332 - 30.06.2010): Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass die Staatengemeinschaft das Menschenrecht auf Trinkwasser und Sanitärversorgung anerkennt. Dazu gehören die bereits bestehenden menschenrechtlichen Verpflichtungen auch in Bezug auf Sanitärversorgung.
- **Einsatz für Religionsfreiheit weltweit** (siehe Drucksache 17/2334 - 30.06.2010): Bundesregierung und Bundestag bekennen sich ausdrücklich zu dem Recht auf Religionsfreiheit. Das Recht, seine Religion frei auszuüben, zu wechseln oder auch keine Religion zu haben, ist eine zentrale Voraussetzung für ein freiheitliches Leben in Würde.
- Derzeit werden die sog. **OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen** überarbeitet. Die Liberalen unterstützen, dass dort ein eigenes Menschenrechtskapitel eingeführt wird.
- **Afrika- und Lateinamerikakonzept der Bundesregierung**: erstmalig liegen ressortübergreifende, kohärente Konzepte vor, die unsere Politik im Außenauftritt sichtbarer machen.

Anträge (Auswahl!):

- „Menschenrechte weltweit schützen“, Drucksache 17/257 - 16.12.2009
- „Freie und faire Wahlen im Sudan sicherstellen, den Friedensprozess über das Referendum 2011 hinaus begleiten sowie die humanitäre und menschenrechtliche Situation verbessern“, Drucksache 17/1158 - 24.03.2010
- „Freie und gleiche Wahlen in Belarus einfordern – Menschenrechtslage verbessern“, Drucksache 17/4194 - 15.12.2010
- „Illegale Landnahme verhindern, Eigentumsfreiheit schützen, Ernährungsgrundlage in Entwicklungsländern sichern“, Drucksache 17/5488 - 13.04.2011
- „Situation der Sinti und Roma in Europa verbessern“, Drucksache 17/5767 - 11.05.2011
- „Die Demokratische Republik Kongo stabilisieren“, Drucksache 17/6448 - 06.07.2011

Sonstiges:

- Positionspapier „**Grenzen der Ganzkörperverschleierung in Deutschland**“, 05.10.2010: Die Burka symbolisiert eine totalitäre religiöse Ideologie, deren Absolutheitsanspruch nicht vereinbar ist mit den freiheitlichen Werten, mit denen sich Deutschland und Europa identifizieren. Ein generelles Verbot der Ganzkörperverschleierung (Burkas oder Niqabs) **im öffentlichen Raum** lehnt die FDP-Bundestagsfraktion jedoch ab. Dennoch gibt es **Grenzen**: selbstverständlich muss überall dort, wo eine Person zweifelsfrei identifiziert werden muss, z. B. in Schulen und Universitäten, bei Behörden oder vor Gericht, bei öffentlichen Versammlungen das Gesicht erkennbar sein.
- Fraktionsinternes Fachgespräch zur „Weiblichen Genitalverstümmelung“, 20.01.2011

Daran arbeiten wir

- Wir arbeiten weiter an der Stärkung von Menschenrechtsschutzsystemen, so bei der Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (insb. durch Sabine Leutheusser-Schnarrenberger). Großes Thema bleibt die fehlende Rechtsstaatlichkeit in Russland (Chodorkowski/ Lebedew; Magnitsky).
- Positionspapier „Für einen verantwortungsvollen Umgang mit irregulären Migranten in Deutschland“: Hier möchten wir unserer Verantwortung insb. gegenüber Kindern von irregulären Migranten gerecht werden und ihnen bundesweit den Schulbesuch und den Zugang zum Gesundheitssystem ermöglichen.
- Übernahme von sog. „Gefangenenpatenschaften“ für politische Gefangene in Belarus, Iran
- Deutschland führt den Vorsitz in der Arbeitsgruppe des VN-Sicherheitsrats „Kinder und bewaffnete Konflikte“ (Debatte am 12.07.; Vorsitz BM Westerwelle), eigene Resolution dazu beschlossen

Auswahl baldiger Termine in Bayern

23.07.2011	Mitgliederversammlung der Liberalen Frauen Bayern e.V. in Ingolstadt
24.07.2011	Deutschlandtour der Bundestagsfraktion auf dem Marktplatz in Lauf (Pegnitz)
30.07.2011	PPW der Jungen Liberalen Bayern in Greiding

Dr. Daniel Volk, MdB (München)

Obmann im Finanzausschuss

Mail: daniel.volk@bundestag.de

Web: www.danielvolk.de

Tel: 030 - 227 73 170



Steuerentlastung

Das steht im Koalitionsvertrag:

Wir Liberale kämpfen gegen alle Widerstände für eine spürbare Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen. Damit halten wir das ein, was wir 2009 im Koalitionsvertrag mit der CDU/CSU vereinbart haben. Die christlich-liberale Koalition hat zu diesem Zweck eine konsequente Haushaltskonsolidierung betrieben und die Vorgaben der Schuldenbremse eingehalten. Dazu eröffnet uns die gute wirtschaftliche Entwicklung neue Spielräume und sorgt dafür, dass beides möglich ist: Die Sanierung des Bundeshaushalts und die Entlastung der Bürger.

Das haben wir bereits umgesetzt:

Wir vermindern die kalte Progression, lassen dem Steuerzahler mehr netto vom Bruttoeinkommen und machen das deutsche Steuersystem damit gerechter. Wir schaffen damit die Voraussetzung für mehr Investitionen, mehr Wachstum und stärken die Binnennachfrage. Und wir setzen damit unseren Kurs der steuerlichen Entlastung der Bürger konsequent fort: Bereits im Jahr 2010 haben wir u.a. mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz insbesondere das Kindergeld und die Kinderfreibeträge deutlich angehoben und die Steuerzahler mit über 20 Milliarden Euro entlastet.

Daran arbeiten wir:

Für 2013 ist eine Steueranpassung durch Abmilderung der sog. „kalten Progression“ vereinbart. Dies ist bereits ein Gebot der Gerechtigkeit. Denn durch die kalte Progression muss der Steuerpflichtige einen höheren Anteil von seinem Einkommen an Steuern zahlen, obwohl durch Inflation und Teuerungsrate die Kaufkraft seines nominal höheren Einkommens nicht gestiegen ist. Diese schleichende Steuererhöhung werden wir korrigieren.

Steuervereinfachung

Das steht im Koalitionsvertrag:

Im Koalitionsvertrag haben wir uns vorgenommen, das Steuerrecht spürbar zu vereinfachen und von unnötiger Bürokratie zu befreien. Wir wollen u.a. den Steuerpflichtigen die Möglichkeiten geben, ohne Papierbelege mit den Finanzämtern zu kommunizieren und noch in dieser Legislaturperiode allen Bürgern auf Wunsch eine vorausgefüllte Steuererklärung mit den bei der Finanzverwaltung vorhandenen Daten zur Verfügung stellen.

Das haben wir bereits umgesetzt:

Ein erster Schritt ist getan: Das deutsche Steuersystem wird mit dem vom Bundestag beschlossenen Steuervereinfachungsgesetz 2011 einfacher, gerechter, moderner und unbürokratischer. All diejenigen Steuerzahler, die ihre Steuererklärung noch selber machen, werden jetzt von unnötiger Bürokratie befreit. Mehrere Seiten Steuerformulare müssen nicht mehr ausgefüllt werden. Statt jährlich den Kampf mit den Formularwüsten aufzunehmen, müssen die Bürger ihre Zahlen auf vorausgefüllten Steuerformularen nur noch prüfen. Typische Angaben, welche den Finanzbehörden vorliegen, müssen nicht mehr eingetragen werden. Die Berechnung der Entfernungspauschale wird vereinfacht, ebenso wie die Berechnung des Kindergeldes. Damit wird die Steuererklärung künftig einfacher und schneller zu erledigen sein.

Ebenso der grundlegend verbesserte Abzug von Kinderbetreuungskosten und der Wegfall des Einkünftenachweises beim Bezug von Kindergeld für Kinder in Berufsausbildung sind spürbare Vereinfachungen. Finanziell profitieren die Bürgerinnen und Bürger auch von der Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrages von 920 auf 1.000 Euro. Das Steuervereinfachungsgesetz bringt auch

Erleichterungen für Unternehmen, indem auf viele Detailregelungen und schriftliche Belege verzichtet wird. So reduziert sich der Bürokratieaufwand für Unternehmen um vier Milliarden Euro pro Jahr.

Daran arbeiten wir:

Wermutstropfen: Der Bundesrat hat das Gesetz am 08.07.2011 mit den Stimmen der rot-grün-regierten Länder zunächst gestoppt. Bei Lichte besehen ist dies eine rein politisch motivierte Entscheidung, denn den Bundesländern wurde die Übernahme der Einnahmeausfälle durch den Bund zugesagt sowie eine einvernehmliche Regelung zur Umsetzung der zweijährigen Steuerklärungen zugesichert. Da es von daher keinen Grund zur Ablehnung gibt, bleibe ich optimistisch, dass das Steuervereinfachungsgesetz noch gemeinsam in Kraft gesetzt werden wird.

Reform der Unternehmensbesteuerung

Das steht im Koalitionsvertrag:

Mit dem Koalitionsvertrag haben wir Steuerpolitik auch als Standortpolitik begriffen. Aus diesem Grund haben wir uns vorgenommen, das Unternehmenssteuerrecht weiter zu modernisieren und international wettbewerbsfähig zu gestalten, u.a. durch Neustrukturierung der Regelungen zur Verlustverrechnung, grenzüberschreitende Besteuerung von Unternehmenserträgen und Einführung eines modernen Gruppenbesteuerungssystems anstelle der bisherigen Organschaft.

Daran arbeiten wir:

Das Bundesministerium der Finanzen wird bis September 2011 zu diesem Themenkomplex Vorschläge vorlegen, die wir in einem Steuervereinfachungsgesetz 2012 umsetzen werden.

Reform der Gemeindefinanzen

Das steht im Koalitionsvertrag:

Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, eine Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung einzusetzen. Diese soll auch den Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz prüfen.

Umsetzung:

Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission aus Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden konnte sich leider nicht auf einen Kompromiss einigen. Damit wurde erneut eine gute Chance vertan, die kommunalen Finanzen im Konsens mit den kommunalen Spitzenverbänden auf eine solide Basis zu stellen.

Daran arbeiten wir:

Die FDP hat sich stets für den Ende der Gewerbesteuer ausgesprochen, da die Kommunen in Krisenzeiten immer wieder unter deren Schwankungsanfälligkeit und Konjunkturanfälligkeit leiden, andererseits die Gewerbetreibenden unnötiger Bürokratie und Substanzbesteuerung unterzogen werden. Zumindest die Hinzurechnungsregeln, welche zur Substanzbesteuerung führen, will die Koalition über die Korrektur zum 01.01.2010 hinaus weiter zurückführen. Abzuwarten bleibt, ob die Bundesländer über den Bundesrat hier verantwortlich mitwirken.

Auswahl baldiger Termine in Bayern

16. Juli 2011	Kreisvorsitzendenkonferenz Nordbayern
17. Juli 2011	Kreisvorsitzendenkonferenz Südbayern
23. Juli 2011	Deutschlandtour der FDP-Bundestagsfraktion in München
25. Juli 2011	Gespräch Schülergruppe Nymphenburger Gymnasium München
26. Juli 2011	Informations- und Meinungsaustausch zwischen der LH München und den in München gewählten Abgeordneten zum Bundestag, Landtag, EP

Joachim Spatz, MdB (Würzburg)

Mitglied im Verteidigungsausschuss, Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Mail: joachim-spatz@bundestag.de

Web: www.joachim-spatz.de

Tel: 030 - 227 73 259



Wehrpflicht ausgesetzt – Freiheit gewonnen

Das steht im Koalitionsvertrag:

Die Wehrpflicht hatte in den letzten Jahrzehnten ihre Berechtigung und sich bewährt. Seit dem Ende des kalten Krieges haben sich die sicherheitspolitische Lage, Auftrag und Aufgabenspektrum der Bundeswehr grundlegend verändert. Diesen Veränderungen ist angemessen Rechnung zu tragen. Die Koalitionsparteien halten im Grundsatz an der allgemeinen Wehrpflicht fest mit dem Ziel, die Wehrdienstzeit bis zum 1. Januar 2011 auf sechs Monate zu reduzieren.

Das haben wir bereits umgesetzt:

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht sind wir weit über die Ankündigung im Koalitionsvertrag hinaus gegangen und haben eine langjährige liberale Forderung durchsetzen können. Schlussendlich konnten wir auch den Koalitionspartner davon überzeugen, dass - angesichts der seit Jahren fehlenden Wehrgerechtigkeit und der sich geänderten sicherheitspolitischen Lage - das Festhalten an der allgemeinen Wehrpflicht und der damit verbundene tiefe Einschnitt in die Freiheit junger Erwachsener nicht mehr zu rechtfertigen ist.

Daran arbeiten wir:

Nun gilt es, den Blick nach vorn zu richten. Die Bundeswehr muss als Arbeitgeber attraktiver werden, damit sie in Zukunft im Wettbewerb um die besten Köpfe mit der freien Wirtschaft konkurrieren und genügend qualifizierte junge Frauen und Männer als Soldatinnen und Soldaten gewinnen kann. Die dabei zu bewältigenden Herausforderungen reichen von Fragen der Besoldung über Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen und Unterkünfte bis hin zu Themen der individuellen Lebensgestaltung wie z.B. der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dafür haben wir schlüssige Konzepte zur Attraktivitätssteigerung und zur Nachwuchsgewinnung vorgelegt.

Bundeswehr-Reform – Für eine leistungsstarke und moderne Freiwilligenarmee

Das steht im Koalitionsvertrag:

Der Bundesminister der Verteidigung setzt eine Kommission ein, die bis Ende 2010 einen Vorschlag für Eckpunkte einer neuen Organisationsstruktur der Bundeswehr, inklusive der Straffung der Führungs- und Verwaltungsstrukturen, zu erarbeiten hat.

Das haben wir bereits umgesetzt:

Sowohl der Generalinspekteur als auch die Weise-Kommission haben ihre Vorstellungen zum Umbau der Bundeswehr vorgelegt, der Verteidigungsminister hat mittlerweile die Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr sowie die Verteidigungspolitischen Richtlinien vorgelegt. Auch die FDP-Bundestagsfraktion hat in einem umfangreichen Positionspapier ihre Vorstellungen zur Zukunft unserer Truppe als sogenannte „Armee im Einsatz“ erläutert.

Daran arbeiten wir:

Die Bundeswehr befindet sich vor einer der größten Zäsuren ihrer Geschichte. Mit der aktuell laufenden Reform wandelt sich die Bundeswehr endgültig zu einer leistungsstarken und modernen Einsatzarmee. Dieser Prozess wird von uns eng begleitet. Wir wollen eine Bundeswehr, die den sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft mit der nötigen Flexibilität gerecht werden kann. Dafür benötigt die Bundeswehr dringend neue Strukturen und Prozesse. Hierzu gehören nach Aussetzung der Wehrpflicht auch eine Absenkung der Personalumfänge sowie eine Straffung der Führungs- und Verwaltungsstrukturen aber auch die solide Finanzierung, denn es gilt, die Bundeswehr als Freiwilligenarmee für die nächsten Jahre auf ein seriöses finanzielles Fundament zu stellen. Dabei müssen sich sowohl die Struktur und als auch die Ausrüstungsplanung konsequent an den wahrscheinlichen Bedrohungen und Einsätzen der Zukunft sowie an unseren Bündnisverpflichtungen orientieren. Wir werden noch in diesem Jahr ein neues Einsatzversorgungsgesetz auf den Weg bringen.

Krisenpräventive Ansätze stärken

Das steht im Koalitionsvertrag:

Bei der internationalen Krisenprävention und -bewältigung stehen bei uns politische und diplomatische Bemühungen an erster Stelle, dennoch wächst die Bedeutung des Einsatzes ziviler Kräfte von Polizei und Justiz. Wir müssen gemeinsam mit unseren Partnern darauf vorbereitet sein, mit diesen Mitteln krisenhaften Entwicklungen frühzeitig entgegenzusteuern und bei Ausbruch von Krisen schnell und verlässlich zu handeln.

Das haben wir bereits umgesetzt:

Immer weniger kann äußere Sicherheit nur über Militärpolitik definiert werden. Militär alleine ist nicht in der Lage, für stabilen Frieden zu sorgen, da Krisen sowohl eine sicherheitspolitische als auch eine gesellschaftlich wie wirtschaftliche Dimension aufweisen, deren Bewältigung den abgestimmten Einsatz diplomatischer, militärischer, polizeilicher, humanitärer und entwicklungspolitischer Instrumente im Sinne eines „whole-of-government-approach“, also unter Einbeziehung aller Ministerien, voraussetzt. Zu diesem Zweck wurde zu Beginn der Legislaturperiode – unter meinem Vorsitz – der Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ eingerichtet, dessen Hauptaugenmerk auf der Stärkung der friedenspolitischen Aktivitäten der Bundesrepublik Deutschland liegt.

Daran arbeiten wir:

In den vergangenen zwei Jahren ist es uns gelungen, die finanzielle Ausstattung für krisenpräventive Maßnahmen auf hohem Niveau zu stabilisieren. Diesen Kurs gilt es fortzusetzen, weil wir dringend auf den verstärkten Aufbau und die Bereitstellung ziviler Fähigkeiten für Friedenseinsätze (Polizisten, Wahlbeobachter, Richter, Staatsanwälte etc.) angewiesen sind.

Jedoch ist erfolgreiche Krisenprävention nicht alleine eine Frage der finanziellen Ausstattung. Mindestens genauso wichtig ist die ressort- und ebenenübergreifende Koordinierung und Planung der verschiedenen Maßnahmen sowohl auf der nationalen als auch auf der europäischen und internationalen Ebene.

Auswahl baldiger Termine in Bayern und Berlin

12./13. Juli 2011	Bad Reichenhall, KV Berchtesgadener Land, Mitgliederversammlung zur Bundeswehrreform, Besuch der Gebirgsjägerbrigade 23 in Bad Reichenhall mit dem Kreisvorsitzenden Dr. Buggisch
16. Juli 2011	Liberales Frankentreffen in Gaibach
10. Juli 2011	Berlin, Feierliches Gelöbnis, militärisches Zeremoniell der Bundeswehr
29. Juli 2011	Besuch der Fahrzeugakademie Schweinfurt
30. Juli 2011	Würzburg, Christopher Street Day, Grußwort

Sebastian Körber, MdB (Forchheim)

Sprecher für Baupolitik, Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Mail: sebastian.koerber@bundestag.de

Web: www.sebastian-koerber.de

Tel: 030 - 227 72 695



Die schwarz-gelbe Regierungskoalition ist gut für Bayern und Deutschland - „die FDP liefert“ und wir können selbstbewusst zur Halbzeit über unsere Erfolge reden. Zwei Jahre Koalition sind kräftiger Schub für ressourcen- und umweltschonenden Ausbau umweltverträglicher Mobilität und nachhaltiger Bau- und Stadtentwicklungspolitik. Der demografische Wandel, Klimaschutz, Energieeffizienz, „intelligentes Bauen“ sowie der Ausbau einer flächensparenden, lärmarmen Verkehrsinfrastruktur bilden meine Handlungsschwerpunkte, die auch in besonderer Weise für das Flächenland Bayern relevant sind.

Aus Platzgründen kann ich leider nur eine kleine Auswahl der vielen Maßnahmen herausgreifen. Herzlichen Dank allen FDP-Kreisverbände für ihre wichtige engagierte Arbeit - für Nachfragen, weitere Infos und Argumente sowie Termine vor Ort stehe ich selbstverständlich gerne zur Verfügung!

„Bauen, Stadtentwicklung, Wohnen

Das steht im Koalitionsvertrag

Unsere Ziele sind die nachhaltige Bewältigung der Folgen des demografischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels, Energieeffizienz und Klimaschutz, Stärkung des sozialen Zusammenhalts, Erhalt historischer Bausubstanz und Stadtstrukturen, die Wieder- und Umnutzung von Brachflächen sowie Barrierearmut im Wohnumfeld.

Das haben wir schon umgesetzt

Gebäudesanierung:

Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm wird im Vergleich zu 2011 (936 Mio. €) auf 1,5 Mrd. € 2012-2014 erhöht. Die energetische Sanierung von Gebäuden spart CO₂, verringert Abhängigkeiten von Gas und Öl und sichert Arbeitsplätzen im mittelständischen Handwerk. 2010 wurden bundesweit mit 1,3 Mrd. € Haushaltsmitteln 21,3 Mrd. € in Investitionen angestoßen - ein Förderhebel von 1:16! Davon profitieren Hausbesitzer, Mieter, das Klima und die kommenden Generationen. Die Darlehen bzw. Zuschüsse der KfW-Programmen zur Gebäudesanierung reduzieren Sanierungskosten und begrenzen Mietsteigerungen

Städtebau:

Auch dank der FDP konnten 410 Mio. € für 2012 verankert werden. Relevant ist zudem das neue KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“ mit 92 Mio. €. Das für Bayern besonders wirksame Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ und das neu ausgerichtete Programm „Soziale Stadt - Investitionen im Quartier“ erhalten eine gegenüber 2011 aufgestockte Ausstattung mit jeweils 40 Mio. €. Der Bundestag hat die Stärkung klimagerechter Entwicklung in Städten und Gemeinden beschlossen. Bei städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen wird das Ziel der klimagerechten Stadtentwicklung aufgenommen und im BauGB eine Klimaschutzklausel eingefügt. Es wird einfacher, Solaranlagen an oder auf Gebäuden zu installieren.

Steuerliche Abschreibung/AfA:

Durch das Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungen an Wohngebäuden sind Objekte begünstigt, deren Herstellung vor dem 1.1.95 begonnen wurde. Gebäude müssen nach der Sanierungsmaßnahme einen bestimmten energetischen Standard aufweisen (KfW-Effizienzhaus 85). Maßnahmen sind nicht vorgeschrieben, wichtig ist der vorgeschriebene Energiebedarf nach der Sanierung. Der steuerliche Abzug erfolgt über 10 Jahre jährlich mit bis zu 10 % der Kosten. Die

Steuervergünstigung gilt für Maßnahmen, die nach dem Kabinettsbeschluss am 6.6.11 begonnen und vor dem 1.1.22 abgeschlossen werden; ein FDP-Erfolg, denn zunächst war 1.1.12 Stichtag. So entsteht keine Lücke, für Eigentümer die heuer ihren Bauantrag einreichen oder Maßnahmen durchführen. *(Anmerkung: Die Ablehnung am 8. Juli durch den Bundesrat gefährdet den Gesamterfolg der Energiewende - ich dränge auf die rasche Anrufung des Vermittlungsausschusses durch die Bundesregierung).*

„Mobilität und Verkehr“

Das steht im Koalitionsvertrag

Wir wollen mit einer effizienten Verkehrspolitik die Mobilität für die Bürger bezahlbar sichern und nicht behindern. Dabei tragen wir den Mobilitätsbedürfnissen sowie Klima-, Umwelt-, und Lärmschutz sowie Verkehrssicherheit Rechnung.

Das haben wir schon umgesetzt

Haushalt 2012:

Der Etat des BMVBS bleibt mit rd. 52% aller Bundesinvestitionen der größte Investitionshaushalt des Bundes. Die Investitionen werden 2012 rd. 13,7 Mrd. € betragen. Nachdem mit dem Auslaufen der Konjunkturpakete ab 2012 Rückgänge vorgesehen waren, stehen mit der jetzigen Investitionslinie sogar mehr Mittel zur Verfügung als in den Jahren vor der Finanz- und Wirtschaftskrise. Für die Straße werden 2012 die Einnahmen aus der Lkw-Maut in Höhe von 3,5 Mrd. € veranschlagt - hinzu kommen 1,5 Mrd. € konventionelle Investitionen. Eine Aufstockung hat auch die Verkehrssicherheit erfahren: 2012 werden statt 5 Mio. € wieder 10 Mio. € zur Verfügung stehen.

Lärmschutz:

Wir wollen, dass die Bevölkerung nicht dauerhaft einem störenden Lärmpegel ausgesetzt ist. Auf vielen Bahnstrecken ist der Güterverkehr stark angestiegen und fährt nachts fast ohne Pause. Der Bundestag hat im März den Antrag der Koalition zur Rheintalbahn beschlossen, der zum Ziel hat, die Sonderstellung der Schiene aufzuheben und den Schienenbonus schrittweise abzuschaffen. Der Schienenbonus erlaubt höhere Geräuschgrenzwerte auf der Schiene als auf anderen Verkehrswegen. FDP-Ziel ist die Lärmreduzierung durch Lärmschutzwände, am Fahrweg und durch Verbesserungen am rollenden Material. Ein für 2012 geplantes lärmabhängigen Trassenpreissystem wird Anreize bieten, die Bestandsgüterwagen schnell umzurüsten. Damit wollen wir Anwohner von Neubaustrecken schützen und die Akzeptanz von Infrastrukturvorhaben verbessern.

LKW-Maut auf Bundesstraßen:

Die Koalition wird heuer die LKW-Maut auf vierspurige Bundesstraßen mit unmittelbarem Autobahnanschluss ausdehnen. Unser Gesetzentwurf reagiert auf Länderwünsche und berücksichtigt die Transportwirtschaft: Das mautpflichtige Streckennetz wird um die Hälfte reduziert und wir erwarten Zusatzeinnahmen von 100 Mio. €, die direkt in den Erhalt/Ausbau der Bundesstraßen fließen. Die Lkw-Maut-Einnahmen fließen erstmalig einem eigens eingerichteten Haushaltskapitel zu, das Aufschluss über Erhebung und Verwendung gibt. Mit der Einrichtung des Finanzierungskreislaufs Straße erfüllen wir den Koalitionsvertrag und schaffen Transparenz – es wird verlässlicher in die Straße investiert.

Feuerwehrführerschein:

Unser Einsatz für entscheidende Verbesserungen am „Feuerwehrführerschein“ war erfolgreich. Künftig kann es für freiwillige Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes eine Fahrerlaubnis geben, die das Fahren von Fahrzeugen bis 7,5 t gestattet. Auch das Mitführen von Anhängern ist möglich; dies erleichtert beispielsweise den Transport von Tragkraftspritzen, Booten, Beleuchtungs- oder Verkehrssicherungselementen.

Daran arbeiten wir

Bau/Stadtentwicklung:

Mit der EnEV 2012-2020 ist eine Heranführung des Standards für Neubauten an den künftigen EU-Niedrigstenergiegebäudestandard angestrebt, soweit dies Eigentümern und Mietern wirtschaftlich

zumutbar ist. Einen „Prüfauftrag“ für Nachrüstungsverpflichtungen bei Bestandsgebäuden im Rahmen der EnEV-Novelle, der durch das BMU forciert wird, machen wir uns nicht zu eigen. Die FDP lehnt drastisch verpflichtende EnEV-Verschärfungen im Gebäudebestand, d.h. staatlich verordnete Sanierung, ab. Rot-Grün will „Zwangsbeglücken“, wir setzen auf Anreize.

Verkehr:

Bei der Bahn müssen wir, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, einen Finanzierungskreislauf Schiene schaffen. Wenn die Bahn, wie 2010, mit der Infrastruktur hunderte Millionen € Gewinn macht, dann muss dieses Geld in die Schiene reinvestiert werden. Ohne ein nachhaltiges Investitionsprogramm für den Personenverkehr und die Infrastruktur im Inland können wir die Probleme nicht lösen. Auch bei der Straße ist Handlungsbedarf: Wir drängen auf moderne Finanzierungs- und Managementinstrumente.

Auswahl baldiger Termine in Bayern

- | | |
|-----------------|---|
| 19. Juli 2011 | Aktuelle Stunde von Sebastian Körber MdB mit Miriam Groß MdB in Bamberg |
| 16. August 2011 | Diskussionsveranstaltung zum Thema "Demografischer Wandel" bei der FDP Würzburg, OV Würzburg-Sanderau |
| 17. August 2011 | Gemeinsamer Besuch einer sozialen Einrichtung mit der Bundesdrogenbeauftragten Mechthild Dyckmanns in Bamberg |
| 23. August 2011 | Diskussionsveranstaltung zum Thema "Demografischer Wandel" bei der FDP Regensburg |

Jimmy Schulz, MdB (Hohenbrunn)

Mitglied im Innenausschuss, Obmann im Unterausschuss Neue Medien, Obmann der Enquete-Kommission „Internet und digitale Medien“

Mail: jimmy.schulz@bundestag.de

Web: www.jimmyschulz.de

Tel: 030 - 227 71 627



Bürgerbeteiligung

Das steht im Koalitionsvertrag:

- **Bürgerbeteiligung:** Wir wollen die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung an der demokratischen Willensbildung stärken. Dazu werden wir das **Petitionswesen weiterentwickeln** und verbessern. Bei Massenpetitionen werden wir über das im Petitionsausschuss bestehende Anhörungsrecht hinaus **eine Behandlung des Anliegens im Plenum des Deutschen Bundestags** unter Beteiligung der zuständigen Ausschüsse vorsehen.
- Wir werden unsere Politik daran ausrichten, die gesellschaftliche Veränderung durch Internet und neue Medien positiv zu begleiten und die Lebenswirklichkeit der Mehrheit der Menschen in Deutschland zu berücksichtigen. Dabei werden wir Innovations- und Standortpolitik, Verwaltungsmodernisierung, **Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern und zivilgesellschaftlichen Interessengruppen** sowie Datenschutz und Netzsicherheit in unserer Politik verbinden.

Das haben wir bereits umgesetzt:

- **Positionspapier: „Beteiligung und Erneuerung - 16 Punkte zur Bürgerbeteiligung und Planungsbeschleunigung bei privaten und öffentlichen Investitionen“ vom 25.01.2011.** Das Positionspapier versucht einerseits die Bürgerrechte und Bürgerbeteiligung zu stärken und gleichzeitig auch das komplexe Planungsverfahren zu beschleunigen. Am 25.03.2011 fand im Reichstag in eine sehr gut besuchte Diskussionsveranstaltung statt mit Verbänden und Politik über die Umsetzung und die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung bei Großprojekten auf Basis des Positionspapieres statt.
- **Positionspapier: „Bürgerbeteiligung ausweiten, Petitionsverfahren weiterentwickeln, Bürgerplenarverfahren einführen“** Im Vordergrund steht die Weiterentwicklung des Petitionswesens, wie im Koalitionsvertrag vereinbart. Durch die Einführung von Bürgerplenarverfahren im Rahmen von Massenpetitionen soll dies gewährleistet werden. Auch durch die Ausweitung elektronischer Beteiligungsformen und die Einführung von weiteren Beteiligungsmaßnahmen, wie die sogenannten „Bürgergutachten“ sollen die Teilhabemechanismen der Bürger gestärkt werden. Derzeit stehen wir in Verhandlungen mit der Union, damit wir die Beschlüsse umsetzen können.
- **Einführung der elektronischen Teilhabeplattform Adhocracy zur Unterstützung der Internetenquete.** Der Durchbruch für die FDP im Ältestenrat wurde am 24.02.2011 verkündet. Das Gremium des Bundestages kam nach rechtlicher Prüfung zu dem Ergebnis, dass die externe Online-Beteiligungsplattform „Adhocracy“ für den Einsatz in der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft genutzt werden darf. Damit wird es möglich, dass Texte aus der Internetenquete auf der Plattform www.demokratie.de, die von Jimmy Schulz bereitgestellt wurde, diskutiert und als „Beitrag des 18. Sachverständigen“ in die Enquete-Kommission zurückfließen können. Tausende Interessierte diskutieren im Internet über Netzpolitik und mit liberaler Initiative sind wir nun das weltweit erste Parlament, das einen solchen Schritt in Richtung elektronischer Bürgerbeteiligung wagt.

Daran arbeiten wir:

- **Positionspapier: „Elektronische Teilhabe und weitere Instrumente zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung“** Dieses Jahr noch soll ein Positionspapier zur Bürgerbeteiligung entstehen, das konkreter auf die Maßnahmen, die im ersten Positionspapier angekündigt sind, eingeht. Es sollen beispielsweise Fragen geklärt werden, wie: Wie kann man Bürgergutachten einsetzen? Wie können elektronische Teilhabemechanismen in die politische Arbeit integriert werden? Welche weiteren Ansätze und Ideen zur Integration der Bürgerinnen und Bürger gibt es und wie sind sie zu bewerten?
- **Veranstaltung zu Bürgerbeteiligung im November 2011 in Bayern:** Eine Veranstaltung der FDP-Fraktion soll über die Möglichkeiten der Teilhabe im demokratischen System aufklären und über neue Möglichkeiten diskutieren.

Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft

Das steht im Koalitionsvertrag:

Wir werden unsere Politik daran ausrichten, die gesellschaftliche Veränderung durch Internet und neue Medien positiv zu begleiten und die Lebenswirklichkeit der Mehrheit der Menschen in Deutschland zu berücksichtigen. Dabei werden wir Innovations- und Standortpolitik, Verwaltungsmodernisierung, Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern und zivilgesellschaftlichen Interessengruppen sowie Datenschutz und Netzsicherheit in unserer Politik verbinden. Wir vertrauen darauf, dass der bestehende Wettbewerb die neutrale Datenübermittlung im Internet und anderen neuen Medien (Netzneutralität) sicherstellt, werden die Entwicklung aber sorgfältig beobachten und nötigenfalls mit dem Ziel der Wahrung der Netzneutralität gegensteuern. Wir bekräftigen, dass Recht und Gesetz im Internet schon heute und in Zukunft ebenso gelten wie überall sonst. (unter: IV. 2. Informations- und Mediengesellschaft)

Das haben wir bereits umgesetzt:

Um dem Bereich Internet und Netzpolitik auch abseits des manchmal starren legislativen Systems breiten Raum zu geben beschloß der Bundestag die Einrichtung einer Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft.“ Abseits des politischen Tagesgeschäfts können hier Visionen und Leitplanken entwickelt werden, die in Form von Handlungsempfehlungen im Sommer 2012 dem Bundestag übergeben werden. Die unterschiedlichen Bereiche wie Datenschutz, Medienkompetenz, oder Sicherheit im Netz wurden in einzelne Projektgruppen aufgeteilt. Ich wurde von der FDP-Fraktion als Obmann benannt und kümmere mich um die Koordination der Arbeit unserer liberalen Vertreter. Außerdem habe ich in der Projektgruppe „Netzneutralität“ die Federführung für die FDP übernommen. Dabei ist ein Positionspapier entstanden das von unserer Fraktion einstimmig angenommen wurde.

Daran arbeiten wir:

Die ersten Projektgruppen haben ihre Arbeit fast beendet. Im Herbst werden wir einen Zwischenbericht mit den bisherigen Ergebnissen veröffentlichen und die zweite Runde von Projektgruppen wird ihre Arbeit aufnehmen. Ich werde dann die Leitung der Projektgruppe „Open Source, Open Standards und Interoperabilität“ innehaben.

IT-Sicherheit

Das steht im Koalitionsvertrag:

Wir werden uns für eine Stärkung der IT-Sicherheit im öffentlichen und nicht öffentlichen Bereich einsetzen, um vor allem kritische IT-Systeme vor Angriffen zu schützen. (...) Wir lehnen eine generelle Überwachung des Internetdatenverkehrs ab. Eine vertrauenswürdige, leistungsfähige und sichere Informations- und Kommunikationstechnik ist für unser Hochtechnologieland und den Wirtschaftsstandort Deutschland unverzichtbar. Wir werden die IT gegen innere und äußere Gefahren schützen, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und administrative Handlungsfähigkeit zu erhalten. Daher werden wir ein besonderes Augenmerk auf die Abwehr von IT-Angriffen richten und hierfür Kompetenzen in der Bundesverwaltung beim Beauftragten der Bundesregierung für

Informationstechnik bündeln. Zu seiner Unterstützung werden wir das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik als zentrale Cyber-Sicherheitsbehörde weiter ausbauen, um insbesondere auch die Abwehr von IT-Angriffen koordinieren zu können. (unter: IV. 2. Informations- und Mediengesellschaft)

Das haben wir bereits umgesetzt:

- Wir haben uns konsequent für eine Abkehr vom Irrweg der Internetsperren eingesetzt, die eine Zensurinfrastruktur in Deutschland errichtet hätten. Das Bundeskabinett hat unsere Position hier mittlerweile bestätigt.
- **Fachgespräch „IT-Sicherheit“.** Am 26.05.2011 haben wir das Fachgespräch zur IT-Sicherheit organisiert. Mit Experten aus Politik und Wissenschaft sowie aus der Wirtschaft haben wir uns ausführlich mit dem Thema IT-Sicherheit befasst und die innerparteiliche Meinungsbildung vorangetrieben.

Daran arbeiten wir:

- Das Fachgespräch wird derzeit ausgewertet. Auf Grundlage der Ergebnisse wird ein Positionspapier entstehen, das eine klare Position der Fraktion und der FDP zum Thema IT-Sicherheit schaffen wird.
- Wir setzen uns weiterhin für die Verhinderung einer anlasslosen Vorratsdatenspeicherung ein. Hier ist eine klare Haltung seitens der FDP gefragt.

Auswahl baldiger Termine in Bayern und Berlin

19. Juli 2011	Colloquium Datenschutz und Datensicherheit an der Uni Würzburg
24. Juli 2011	Entenrennen der JuLis München-Land, Unterbiberg
29. Juli 2011	Sommerfest FDP Ortsverband Oberschleißheim
02. August 2011	Gespräch mit Chefredakteur Linux-Magazin, Berlin
28. August 2011	Netzkongress JuLis Niederbayern, Landshut

Stephan Thomae, MdB (Kempten)

Sprecher für Petitionen, Obmann im Petitionsausschuss, Mitglied im Rechtsausschuss, Mitglied im Haushaltsausschuss

Mail: stephan.thomae@bundestag.de

Web: www.stephan-thomae.de

Tel: 030 - 227 75 786



Das steht im Koalitionsvertrag

Mietrecht

"Wir wollen das Mietrecht auf seine Ausgewogenheit hin überprüfen und dabei seinen sozialen Charakter wahren. Wir wollen klima- und umweltfreundliche Sanierungen erleichtern und dabei die freie Entscheidung des Vermieters beibehalten. Baumaßnahmen, die diesem Zweck dienen, sind zu dulden und berechtigen nicht zur Mietminderung. Mietnomadentum sowie Luxussanierungen zum Zwecke der Entmietung werden wir wirksam begegnen. Die Kündigungsfristen für Vermieter und Mieter sollen einheitlich sein. Mietrechtliche Ansprüche müssen auch wirksam vollstreckt werden können. Zweckgebundene staatliche Transferleistungen zu den Wohnkosten müssen auch tatsächlich den Vermieter erreichen."

Erbrecht / Familienrecht

"Um Rechtssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, brauchen wir verlässliche Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Sachverhalte, insbesondere im Familien- und Erbrecht."

Geistiges Eigentum

"Wir wollen den rechtlichen Rahmen für einen wirksamen Schutz des geistigen Eigentums durch Patente, Marken und Muster weiter stärken und den Zugang zu Schutzrechten für den Mittelstand erleichtern. Wir werden uns auch auf europäischer und internationaler Ebene für wirksame Maßnahmen gegen die weltweite Marken- und Produktpiraterie einsetzen."

"Das Urheberrecht hat in der modernden Medien- und Informationsgesellschaft eine Schlüsselfunktion. Wir werden das Urheberrecht deshalb entschlossen weiterentwickeln, mit dem Ziel ein hohes Schutzniveau und eine wirksame Durchsetzbarkeit des Urheberrechts zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir zügig die Arbeit an einem Dritten Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft („Dritter Korb“) aufnehmen."

Bürgerbeteiligung und Petitionen

„Wir wollen die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung an der demokratischen Willensbildung stärken. Dazu werden wir das Petitionswesen weiterentwickeln und verbessern. Bei Massenpetitionen werden wir über das im Petitionsausschuss bestehende Anhörungsrecht hinaus eine Behandlung des Anliegens im Plenum des Deutschen Bundestags unter Beteiligung der zuständigen Ausschüsse vorsehen.“

Das haben wir bereits umgesetzt

Erbrecht / Familienrecht

Auf nationaler Ebene haben wir das Gesetz zur erbrechtlichen Gleichstellung nichtehelicher Kinder verabschiedet.

Vormundschafts- und Betreuungsrecht

Auf Initiative der FDP-Bundestagsfraktion wurde ein Gesetz verabschiedet, dass das Vormundschaft- und Betreuungsrecht neu regelt. Dadurch darf ein Amtsvormund des Jugendamtes nur noch 50 anstatt 200 Mündel gleichzeitig betreuen. Darüber hinaus muss er die von ihm betreuten Personen in der Regel einmal pro Monat in ihrem privaten Umfeld besuchen. Dies stellt eine deutliche Verbesserung dar und ist ein wichtiger Beitrag, um Fälle von unzureichender Betreuung in Zukunft zu vermeiden.

Netzzugangerschwerungsgesetz

Das von der rot-schwarzen Bundesregierung erlassene Netzzugangerschwerungsgesetz wurde aufgehoben. Kinderpornographische Inhalte werden aus dem Internet nun gelöscht.

Sicherungsverwahrungsgesetz

Die normale Sicherungsverwahrung wurde in ihrem Anwendungsbereich begrenzt. Gleichzeitig wurde die nachträgliche Verwahrung abgeschafft.

Daran arbeiten wir

Mietrecht

Ein Gesetzentwurf zur Novellierung des Mietrechts ist vom Bundesministerium der Justiz vorgelegt worden. Darin werden vor allem drei Punkte, die auch im Koalitionsvertrag vereinbart worden sind, angesprochen: energetische Sanierungen, Mietnomadentum, Luxussanierungen. Zusätzlich wird das sogenannte Contracting auf eine rechtliche Grundlage gestellt. Dadurch wird es Vermietern erlaubt, die Versorgung von Gebäuden mit Energie und Wärme auf Dritte zu übertragen.

Erbrecht / Familienrecht

Im Erbrecht wird auf europäischer Ebene daran gearbeitet, dass das Erbrecht auch an die Ansprüche einer europäischen Gesellschaft angepasst wird. Dadurch soll z.B. geregelt werden, welches europäische Gericht entscheiden soll und welches Recht anwendbar ist, wenn im Erbfall zwei verschiedene Nationalitäten involviert sind.

Ebenfalls auf europäischer Ebene soll geregelt werden, welches Recht im Falle einer Scheidung von Eheleuten zweier unterschiedlicher Nationalitäten gelten soll.

Im Sorgerecht fordert die FDP, dass Väter nichtehelicher Kinder das Sorgerecht leichter bekommen. Der Vorschlag der FDP sieht vor, dass Väter eine einseitige Sorgeerklärung beim Jugendamt abgeben müssen. Die Mutter hat dann die Möglichkeit innerhalb einer bestimmten Frist gegen den Antrag des Vaters Widerspruch einzulegen. Damit möchte die FDP die Rechtslage für neue Familienbilder, die unsere Gesellschaft immer häufiger hervorbringt, anpassen. Die CDU/CSU lehnt dies bislang ab. Es gibt Gespräche zwischen den Koalitionsfraktionen.

Geistiges Eigentum

Auf nationaler Ebene ist der dritte Korb Urheberrecht in Arbeit. Wir rechnen mit einem ersten Gesetzentwurfes aus dem Bundesministerium der Justiz nach der Sommerpause.

Auf europäischer Ebene ist in diesem Jahr nach jahrzehntelangen Verhandlungen der Durchbruch im Hinblick auf das europäische Patentrecht gelungen. Dort wurde unter 25 Mitgliedstaaten eine verstärkte Zusammenarbeit vereinbart. Ziel ist es, die Kosten für ein europaweit gültiges Patent zu senken.

Bürgerbeteiligung

Die FDP-Bundestagsfraktion schlägt vor, das Petitionsverfahren weiterzuentwickeln. Demnach fordert die FDP die Einführung einer Bürgerstunde im Plenum und die Weiterberatung der Petitionen unter Beteiligung der zuständigen Fachausschüsse. Die CDU/CSU ist gegen eine solche Weiterentwicklung. Gespräche zwischen den Koalitionsfraktionen finden bereits statt.

Auswahl baldiger Termine in Bayern

19. Juli 2011	Besuch der Firma Dorr in Kempten
25. Juli 2011	Besuch der Firma JT-elektronik GmbH in Lindau
28. Juli 2011	Besuch der Firma Multivac in Wolfertschwenden
1. August 2011	Feierlichkeiten zum Sendestart von AllgäuHIT
13.-21. August 2011	Dauernde Präsenz bei der Allgäuer Festwoche in Kempten: Termine mit Rainer Erdel, MdB, Thomas Dechant, MdL und Miriam Gruß, MdB

Dr. Erwin Lotter, MdB (Aichach)

Mitglied im Ausschuss für Gesundheit

Mail: erwin.lotter@bundestag.de

Web: www.lotter-liberal.de

Tel: 030 - 227 71 180



Im Gesundheitsbereich hatte der Koalitionsvertrag umfangreiche Vereinbarungen getroffen. Die Übernahme des Bundesgesundheitsministeriums zunächst durch Dr. Philipp Rösler und dann durch Daniel Bahr bietet eine große Chance, liberale Vorstellungen in diesem Bereich endlich durchzusetzen und einer nachhaltigen Finanzierung des Gesundheitssystems sowie dringend notwendigen Strukturreformen endlich zum Durchbruch zu verhelfen.

Das steht im Koalitionsvertrag

- zukunftsfeste Finanzierung des Gesundheitswesens bei gleichzeitiger Teilhabe aller Patienten am medizinischen Fortschritt
- Entwicklung einer Präventionsstrategie
- Stärkung des Wettbewerbs unter den Krankenversicherungen
- flächendeckende und sichere Versorgung mit Arzneimitteln
- Sicherung der Freiberuflichkeit des Arztberufs und sachgerechte Regelung der Zulassung Medizinischer Versorgungszentren
- Sicherung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung auch im ländlichen Bereich, Abwehr von Unterversorgung
- Entwicklung von Strategien gegen drohenden Ärztemangel
- Anpassung der Gebührenordnungen für Zahnärzte und Ärzte (GÖZ / GÖÄ)
- Integration von Krankenhäusern in die ambulante Versorgung
- Stärkung der palliativmedizinischen Versorgung
- Stärkung der Patientenrechte
- Förderung der Organspendebereitschaft
- Fortentwicklung der Pflegeversicherung

Das haben wir schon umgesetzt

Die Bundesregierung hat **drei wegweisende Gesetze** auf den Weg gebracht: das GKV-Änderungsgesetz, das GKV-Finanzierungsgesetz und das AMNOG (Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes). Prioritäres Ziel der Vorhaben war es, die von den Vorgängerregierungen übernommenen Belastungen zu verringern und das aktuelle **Defizit** zu bewältigen. Gleichzeitig sollten die Weichen in Richtung einer grundsätzlichen Neuausrichtung der Gesundheitsfinanzierung und einer größeren Autonomie und Wettbewerbsorientierung der Krankenkassen gestellt werden. Dies ist gelungen.

GKV-Änderungs und GKV-Finanzierungsgesetz

Durch diese Gesetze wurde die Finanzierung der Gesundheitskosten von den Arbeitskosten abgekoppelt und damit auf eine stabile und verlässliche Grundlage gestellt. Künftig werden Ausgabensteigerungen in der gesetzlichen Krankenversicherung über einkommensunabhängige Zusatzbeiträge finanziert. Eine schlechtere konjunkturelle Entwicklung und eine hiermit verbundene höhere Arbeitslosigkeit haben nicht mehr zwangsläufig Einnahmeausfälle für die gesetzliche Krankenversicherung zur Folge. Der **Arbeitgeberanteil wird** darüber hinaus nun bei 7,3 Beitragssatzpunkten **festgeschrieben**. Beschäftigungschancen werden künftig nicht mehr durch steigende Krankenversicherungsbeiträge gefährdet. Ebenso wurde der Budgetierungsdruck bei Ärzten und Krankenhäusern gesenkt.

AMNOG

Erhebliche Spareffekte werden durch das AMNOG erzielt, das vor allem die Pharmaindustrie in die Verantwortung nimmt, aber auch Apotheker und den Großhandel.

Der Rabatt, den **Apotheker** gesetzlichen Kassen auf ihre Kassengebühr von 8,10 Euro je Rezept gewähren müssen, wird zum Januar von heute 1,75 auf 2,05 Euro angehoben. Unter dem Strich sollen die Apotheker auf diese Weise den Kassen 170 Millionen Euro weniger in Rechnung stellen. Darüber hinaus ist auch der Großhandel betroffen: der Großhandelsabschlag im nächsten Jahr in Höhe von 0,85% des Herstellerabgabepreises bei rezeptpflichtigen Arzneimitteln soll bundesweit ca. 200 Millionen Euro Ersparnis bringen.

Bei innovativen Medikamenten kann die Pharmaindustrie die Preise zukünftig nicht mehr allein bestimmen. Der Zusatznutzen neuer Medikamente muss in einem Dossier belegt werden. Im Anschluss sind **Verhandlungen** zwischen dem GKV-Spitzenverband und dem Hersteller über den Erstattungsbetrag zu führen.

Dass AMNOG sorgt dafür, dass die Patienten weiterhin Zugang zu innovativen Arzneimitteln haben und die Arzneimittel für die Menschen gleichzeitig bezahlbar bleiben. Es schafft einen stabilen und wettbewerblichen Rahmen für den Arzneimittelmarkt. Eine ausgewogene Balance, die auch im Arzneimittelbereich ein Stück **Freiheit** zurückbringt.

Daran arbeiten wir

KRANKENHAUSHYGIENEGESETZ

Jährlich sterben 7.500 bis 15.000 Personen in Deutschland an Infektionen, die sie im Krankenhaus erlitten haben. Zur Prävention werden nunmehr hygienische Erfordernisse im Krankenhaus und entsprechende Kontrollmaßnahmen durchgesetzt.

VERSORGUNGSGESETZ

Zur Zeit ist ein Versorgungsstruktur-Reformgesetz in Arbeit, welches für eine flächendeckende bedarfsgerechte ärztliche Versorgung sorgt. Dazu gehören folgende Aspekte:

- Regionalisierung der Bedarfsplanung, mehr Freiheit für die regionale Gestaltung durch die Kassenärztlichen Vereinigungen, Berücksichtigung der demographischen Entwicklung
- Einführung der spezialärztlichen Versorgung
- finanzielle Anreize für Ärzte in bislang oder zukünftig unterversorgten Gebieten, z.B. durch Aufhebung der Abstaffelung
- Gründung und Leitung von MVZs zukünftig in der Hand von Ärzten und Krankenhäusern sowie gemeinnützigen Organisationen

PFLEGEREFORM

Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland wird in den nächsten Jahrzehnten überproportional steigen; Prognosen sprechen von bis zu 4,5 Millionen Personen. Schon jetzt gibt es zu wenig Pflegerinnen und Pfleger; der Fachkräftebedarf wird steigen. Um ihm abzuweichen, bedarf die Pflegeversicherung vor allem einer soliden Finanzierung. Dementsprechend sind zwei Maßnahmen erforderlich: zunächst die möglichst genaue Beschreibung des zu erwartenden Leistungsbedarfs und zum anderen die Einführung einer zweiten, kapitalgedeckten Säule der Pflegeversicherung. Hierfür werden zur Zeit im Bundesgesundheitsministerium Vorschläge erarbeitet; Eckpunkte werden im Spätsommer 2011 vorliegen.

HONORARREFORM

Eine Honorarreform, die die ärztliche Leistung angemessen abbildet und für mehr Transparenz sowie mehr Zufriedenheit bei Leistungserbringern und Patienten sorgt, hat höchste Priorität. Nach dem Abschluss der Arbeiten an der Gebührenordnung für Zahnärzte beginnt in der zweiten Jahreshälfte die Arbeit an der neuen Gebührenordnung für Ärzte.

PRÄVENTIONSSTRATEGIEN

Auch wenn ein vielfach gefordertes Präventionsgesetz angesichts der Vielzahl bereits bestehender Instrumente unnötig ist: neue Präventionsstrategien müssen entwickelt und die Forschung darüber gestärkt werden, welche medizinischen Maßnahmen effektiv sind und welche ersetzt werden können. Prävention ist ein oft verkannter Schlüssel für eine Kostensenkung bei gleichzeitig verbessertem Schutz der Gesundheit der Patienten.

Darüber hinaus sind folgende Maßnahmen in Erarbeitung oder Planung:

- **Organspendegesetz**
- **Rettungsassistentengesetz**
- **Patientenrechtegesetz**
- **Apothekenbetriebsordnung**
- **Zulassungsregelungen für ausländische Fachkräfte in medizinischen Berufen**

Auswahl baldiger Termine in Bayern

19. Juli 2011	Diskussion mit der "Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB)" (mit MdB Dr. Rainer Stinner und MdL Dr. Otto Bertermann)
21. Juli 2011	gesundheitspolitische Podiumsdiskussion: "Verband der Ersatzkassen e.V". (VDEK)
22. Juli 2011	Sommerausflug der aktiven Behinderten im Landkreis Aichach-Friedberg
22. Juli 2011	Sommergespräch mit der "Bayerischen Landesärztekammer"
23. Juli 2011	Diskussion mit dem bayerischen Landesvorstand der "Vereinigung Liberaler Ärzte"
25. Juli 2011	Diskussionsveranstaltung im OV Aichach: "Atomausstieg - und jetzt? Probleme, Herausforderungen, Chancen der Energiewende" (mit MdB Breil)
26. Juli 2011	Podiumsdiskussion: "Grundgesetz - 19 gute Gründe für die Demokratie"

Klaus Breil, MdB (Weilheim)

Energiepolitischer Sprecher, Mitglied im Wirtschaftsausschuss

Mail: klaus.breil@bundestag.de

Web: www.klaus-breil.de

Tel: 030 - 227 72 310



Das steht im Koalitionsvertrag

Das Steuersystem und das Besteuerungsverfahren werden wir deutlich vereinfachen und für die Anwender freundlicher gestalten.

Wir werden spätestens innerhalb des nächsten Jahres ein neues Energiekonzept vorlegen, das szenarienbezogenen Leitlinien für eine saubere, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung formuliert. Wir werden die Erneuerbaren Energien konsequent ausbauen und die Energieeffizienz weiter erhöhen.

Wir wollen eine Steuerpolitik, die für die Unternehmen in Deutschland Rahmenbedingungen schafft, die ihr auch in Zeiten der Globalisierung ihre starke Stellung ermöglicht.

Wir werden dafür sorgen, dass Arbeit sich lohnt, dass den Bürgern mehr Netto vom Bruttoeinkommen bleibt.

Das haben wir schon umgesetzt

9. Juni 2011

Steuervereinfachungsgesetz 2011 beschlossen

Damit werden die Bürger nicht nur in finanzieller, sondern auch in bürokratischer Hinsicht entlastet. Die Bürger müssen ihre Zahlen auf vorausgefüllten Steuerformularen nur noch prüfen; typische Angaben, welche den Finanzbehörden vorliegen, müssen nicht mehr eingetragen werden. Außerdem kann die Einkommensteuererklärung künftig wahlweise auch nur noch alle zwei Jahre abgegeben werden. Die Berechnung der Entfernungspauschale wird vereinfacht, ebenso wie die Berechnung des Kindergeldes oder die steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge. Unternehmen werden durch den Verzicht auf viele Detailregelungen und schriftliche Belege jährlich um rund vier Milliarden Euro an Bürokratiekosten entlastet.

10. Juni 2011

Entschließungsantrag von CDU/FDP zur Stabilisierung der Euro-Zone eingebracht

Eine ungeordnete Insolvenz eines Mitgliedstaates der Eurozone hätte zur Folge, dass Inhaber der entsprechenden Staatsanleihen diese Papiere abschreiben müssten. Dies würde Banken, Versicherungen, Rentenfonds, und damit fast jeden Privatanleger treffen. Zudem würden fortan bei bestimmten Staaten Kredite nur noch gegen erhebliche Zinsaufschläge gewährt. Hierdurch würden andere schwächere Staaten einen Insolvenzbeschleuniger erfahren. Damit droht ein Zusammenbruch eines ganzen Wirtschaftsraums.

30. Juni 2011

Weichen für die Energiepolitik neu gestellt

Der Deutsche Bundestag hat die Weichen gestellt für die künftige Energieversorgung in Deutschland. Der Ausstieg aus der Kernenergie wird im Vergleich zum Energiekonzept des Herbstes 2010 beschleunigt, doch auch dort wurde der Weg ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien bereits festgelegt. Dazu wird Deutschland ab 2022 vollständig auf die Kernenergie verzichten.

Im Gegenzug sind verschiedene Elemente umzusetzen, wie bspw. der beschleunigte Stromnetzausbau, die Erforschung der Speichertechnologie, die marktwirtschaftliche Ausrichtung des Erneuerbare Energien-Gesetzes, die Planungsbeschleunigung für den Aufbau von Ersatzkapazitäten,

der Ausbau der Erneuerbaren Energien oder mehr Gebäudesanierung. All diese Vorhaben befinden sich in einer ganzen Reihe von Gesetzen, die der Bundestag mit dem Ausstieg aus der Kernenergie verabschiedet hat.

1. Juli 2011

Unternehmen steuerlich entlastet

Mit der Beibehaltung der so genannten Ist-Besteuerung erfüllt der Bundesminister der Finanzen eine Forderung der FDP. Die Maßnahme hat sich in der Praxis bewährt. Es ist deshalb richtig, sie beizubehalten. Mit der Anhebung des so genannten verlängerten Zahlungsziels von 250.000 auf 500.000 Euro wird die Liquiditätssituation insbesondere kleinerer und mittlerer Unternehmen deutlich verbessert und deren Existenz gesichert. Die Koalition vermindert damit das Risiko, dass Steuerforderungen des Staates zu einer Bedrohung für die Existenz gerade kleinerer Betriebe werden.

Daran arbeiten wir

Steuersenkung ab 2013

Wir wollen die Entlastungen kleiner und mittlerer Einkommen. Vorgesehen ist die Absenkung der Sozialabgaben (wichtig für Niedrigverdiener) und die Reduzierung der kalten Progression (wichtig für Fachkräfte) . Die Grenzbelastung eines ledigen Durchschnittsverdieners durch Steuern und Abgaben ist mit 54 Prozent im internationalen Vergleich zu hoch. Zwar weist der Finanzminister unablässig auf die Staatsschulden hin. Doch wenn es eine Steuerreform nur geben dürfte, wenn der Staat keine Schulden hat, hätte es nie eine gegeben.

Auswahl baldiger Termine in Bayern

18.Juli 2011	Jahrestagung des Bayerischen Verbands für Wasserkraft in München, Grußwort und Diskussion
18. Juli 2011	Podiumsdiskussion Energiepolitik, FDP Murnau, Kongresshalle, Vortrag und Podium
21. Juli 2011	Feierliches Gelöbnis des GebJgBtl 233, Dorfplatz Wallgau, Abnahme und Abschreiten der Formation, Grußwort und Diskussion
22. Juli 2011	Verabschiedung der Abschlussklassen der Wirtschaftsschulen Oberland, Weilheim, Gratulation und Grußwort
25. Juli 2011	Podiumsdiskussion Energiewende des OV/KV Aichach, Gasthof Specht, Stadtplatz 43, Aichach

Rainer Erdel, MdB (Ansbach)

Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Mitglied im Verteidigungsausschuss

Mail: rainer.erdel@bundestag.de

Web: www.rainer-erdel.de

Tel: 030 - 227 74 702



Das steht im Koalitionsvertrag

Landwirtschaft

- EU-Vorgaben werden 1:1 in nationales Recht umgesetzt.
- Unabhängig vom Schutz des geistigen Eigentums wollen wir auf landwirtschaftliche Nutztiere und -pflanzen kein Patentrecht.
- Exportsubventionen und Interventionsmaßnahmen sind im internationalen Vergleich abzubauen.
- Steuerermäßigung beim Agrardiesel fortführen
- Gesetz zur Abwicklung des Absatzfonds
- Sofortmaßnahmen aufgrund der damals krisenbedingten schwierigen Einkommenssituation in der Landwirtschaft (Grünlandmilchprogramm, Stützung der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung; Krisen- und Liquiditätshilfe)
- Verbesserungen beim Flächenerwerbsänderungsgesetz im Sinne der Alteigentümer
- Zulassungsverfahren von Pflanzenschutzmitteln unter Beibehaltung der geltenden hohen Standards vereinfachen und beschleunigen
- Das Bundeswaldgesetz wird novelliert
- Erstellung eines Managementplans für Kormorane
- verantwortbare Potentiale der grünen Gentechnik nutzen
- Tierschutz in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung im Einklang mit der Wirtschaftlichkeit voranbringen
- Vielfalt der ländlichen Räume erhalten sowie deren Stärken und Wirtschaftskraft fördern
- Maßnahmenkatalog zur Reduzierung des Verlusts landwirtschaftlicher Nutzflächen vorlegen
- Einführung von E 10-Kraftstoff auf freiwilliger Basis und als zusätzliches Angebot mit klarer Kennzeichnung ermöglichen
- für Biomasse Initiativen für eine international wirksame Nachhaltigkeitszertifizierung ergreifen
- Markt für reine Biokraftstoffe wieder beleben

Ernährung und Verbraucherschutz

„Unser Leitbild ist der gut informierte und zu selbstbestimmtem Handeln befähigte und mündige Verbraucher. Diesem Ziel verpflichtet, werden wir die Lebensqualität der Verbraucher erhöhen, durch mehr Transparenz, Aufklärung, Rechtsdurchsetzung und dort, wo es nötig ist, auch mit mehr Rechten.“

- transparente Nährwert-Kennzeichnung von Lebensmitteln
- farblich unterlegtes Ampelsystem zur Nährwertkennzeichnung wird abgelehnt
- Kennzeichnung von Lebensmittel-Imitaten
- regionale Herkunftskennzeichnung, die zwischen Ursprungs- und Verarbeitungsort unterscheidet.
- Verbesserung der Lebensmittelsicherheit
- Verstöße gegen Lebens- und Futtermittelgesetz sollen veröffentlicht werden (Verbraucherinformationsgesetz)
- Stiftung Warentest soll unabhängige Finanzierung erhalten
- höhere Transparenz bei Kapitalanlagen
- verpflichtendes Bestätigungsfeld für alle Vertragsabschlüsse im Internet
- Problem der kostenpflichtigen Warteschleifen lösen

Das haben wir schon umgesetzt

- Im Rahmen der Energiewende wurde auch das Erneuerbare Energien-Gesetz (**EEG**) novelliert. Dies betrifft die Landwirtschaft vor allem im Bereich der **Biomasse-/Biogasanlagen**. Durch das neue EEG wird die Markt- und Netzintegration Erneuerbarer Energien verbessert. Wir haben sichergestellt, dass die Anreize für die Nutzung von Rest- und Koppelprodukten verstärkt wurden. Vor allem die Nutzung der Gülle ist ökologisch besonders vorteilhaft. Die Anforderungen an die Effizienz von Biogasanlagen wurden deutlich erhöht. So muss künftig nachgewiesen werden, dass 60% der Wärme genutzt wird, die bei der Verstromung entsteht. Fehlanreize, die in einigen Regionen zu einer übermäßigen Konzentration von Anlagen geführt haben, wurden beseitigt. Die neue Förderstruktur bietet auch weiterhin Landwirten die Möglichkeit in Biogas- und Biomasseanlagen zu investieren und so Wertschöpfung im ländlichen Raum zu schaffen.
- Einführung von **E 10-Kraftstoff** als zusätzliches Angebot ist erfolgt.
- **Nachhaltigkeitsverordnungen für flüssige Biomasse und Biokraftstoffe** (z.B. Ethanol) sind in Kraft.
- Die Steuerermäßigung für **Agrardiesel** wird unbefristet weitergeführt – so werden übermäßige Wettbewerbsnachteile der deutschen Bauern gegenüber ihren europäischen Konkurrenten vermieden. Langfristig wird eine europäische Harmonisierung angestrebt.
- Der **landwirtschaftliche Absatzfonds und der Holzabsatzfonds** (diese betrieben gemeinschaftliches Marketing für landwirtschaftliche Produkte bzw. Holz) wurden abgewickelt und deren Restvermögen auf ein geeignetes Zweckvermögen der Landwirtschaftlichen Rentenbank übertragen. Dies war nötig geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht die Fonds für grundgesetzwidrig erklärt hatte.
- Das **Bundeswaldgesetz** wurde novelliert. Wichtigste Änderungen waren die Einführung von Kurzumtriebsplantagen zur schnellen Energieholzgewinnung und eine Verbesserung der Vermarktungsmöglichkeiten für Forstbetriebsgemeinschaften.
- Verbesserungen beim **Flächenerwerbsänderungsgesetz** im Sinne der Alteigentümer
- **Lebensmittel-Imitate** werden künftig gekennzeichnet, eine irreführende Lebensmittel-**Ampelkennzeichnung** konnte bislang verhindert werden (EU-Regelung).
- Die unabhängige Finanzierung für die **Stiftung Warentest** wurde mittels einer Stiftung umgesetzt.
- Ein standardisiertes **Informationsblatt zu Finanzmarktprodukten** erhöht künftig die Transparenz für den Verbraucher.
- Ein verpflichtendes Bestätigungsfeld für alle Vertragsabschlüsse im Internet („**Buttonlösung**“) wurde durch die Verbraucherrechte-Richtlinie auf europäischer Ebene beschlossen.
- Im Nachgang zur Dioxinaffäre wurde die **Lebensmittelsicherheit** mittels eines umfangreichen Maßnahmenpakets weiter verbessert – unter anderem müssen private Labore auffällige Testergebnisse künftig direkt an die Behörden melden und Futtermittelbetriebe unterliegen einer strengen Zulassungspflicht.
Warteschleifen müssen künftig für den Anrufer kostenfrei sein.

Daran arbeiten wir

- Einführung eines, möglichst europäischen, Kormoranmanagements, um durch den Kormoran bedrohte Fischarten zu schützen und die wirtschaftlichen Schäden der Fischereiwirtschaft zu verringern
- Einführung eines liberaleren und fortschrittsfreundlicheren Gentechnikrecht
- Eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU, die unternehmerische Landwirte stärkt, weiterhin eine verlässliche Größe für die Landwirte darstellt, der Nettozahlerposition Deutschlands in der EU Rechnung trägt und die ökologischen und sonstigen Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft angemessen honoriert. Erste Erfolge aus liberaler Sicht sind dabei, dass die Exportsubventionen abgeschafft werden, Marktinterventionen nur noch als letztes Mittel möglich bleiben und die sogenannte erste Säule (an Fläche gekoppelte Direktzahlungen) finanziell gut ausgestattet bleibt.

- **Zulassungsverfahren von Pflanzenschutzmitteln** unter Beibehaltung der geltenden hohen Standards vereinfachen und beschleunigen (Gesetzentwurf liegt bereits vor)
- **Tierschutz** (diverse Einzelpunkte: Legehennenhaltung, Schenkelbrand bei Pferden, Wildtierhaltung in Zirkussen, ...). Eine Einigung beim Thema Wildtierhaltung in Zirkussen unter Einbindung der Opposition scheiterte an der CDU/CSU.
- **Maßnahmen gegen den Verlust landwirtschaftlicher Flächen:** Nicht zuletzt aufgrund dem durch die beschleunigte Energiewende notwendigen Netzausbau gibt es Handlungsbedarf was die Regelungen zu Ausgleichsflächen und Entschädigungszahlungen an betroffene Landwirte betrifft.
- Markt für reine **Biokraftstoffe** wieder beleben
- Reform des **Verbraucherinformationsgesetzes**

Auswahl baldiger Termine in Bayern

22. Juli 2011	Verabschiedung von Absolventen der Realschule Herrieden
25. Juli 2011	Besichtigung verschiedener Einrichtungen im KV NEA gemeinsam mit Miriam Groß
29. Juli 2011	Teilnahme Veranstaltung 20 Jahre Internationaler Masterstudiengang Agrarmanagement, Hochschule Weihenstephan-Triesdorf im KV AN-L
06. August 2011	Ehrung langjähriger Mitglieder der FDP im KV AN-L

Über die Sommerpause "verteilt": Besuche div. Kasernen und BW-Standorte in Bayern